

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

MONATLICHES E-PAPER

2021 05

CORONA

In der Pandemie
leiden vielfach auch
Menschenrechte

USA/NATO

Afghanen fühlen sich
wegen Truppenabzugs
im Stich gelassen

HANDELSPOLITIK

Kontinentales Abkommen
bietet Afrika wichtige
neue Chancen



Klimakrise

Monitor

Human Rights Watch berichtet über Lage der Menschenrechte in der Corona-Pandemie | Ehemalige UN-Mitarbeiterin analysiert Probleme internationaler Akteure in Liberia | UN brauchen Governance-Strukturen, die Nachhaltigkeit sichern | Heutzutage: Müttergruppen in Malawi verhindern Schulabbruch von Mädchen | Impressum

4

Debatte

Kommentare zu geplantem Nato-Abzug aus Afghanistan, chinesischen Entwicklungskrediten, der politischen Lage in Malawi und Perspektiven westlicher Demokratieförderung

10

Tribüne

CHRISTOPH KANNENGIESSER

Neue kontinentale Freihandelszone schafft Chancen für Afrika

15

Schwerpunkt: Klimakrise

INTERVIEW MIT KAVYDASS RAMANO

Was kleine Inselstaaten wie Mauritius vom Klimagipfel in Schottland im Herbst erwarten

18

TILL BELOW UND NKUMBU NALWIMBA

Zwei Dinge können Kleinbauern beim Management von Klimarisiken helfen: Ernteversicherungen und genauere Wetterprognosen

20

INTERVIEW MIT ACHIM STEINER

Der Klimaschutz kommt voran – aber bislang nicht schnell genug

22

KATIE CASHMAN

US-Präsident Joe Biden beansprucht wieder eine Führungsrolle in der Weltpolitik – unter anderem beim Klimaschutz

26

INTERVIEW MIT SALEEMUL HUQ

Bangladesch und andere bedrohte Länder fordern ehrgeizigere Emissionsreduktionen, Erfüllung bestehender Finanzausgaben und Solidarität im Blick auf Klimaschäden

28

KATJA DOMBROWSKI

Bepreisung von CO₂ ist ein wichtiges Instrument für Klimaschutz, allerdings müssen die Armen vor zusätzlichen Belastungen geschützt werden

30

SABINE BALK

Uganda befürchtet eine Verschlechterung der Volksgesundheit als Folge des Klimawandels

31

MONIKA ZIMMERMANN

Im Kampf gegen den Klimawandel müssen Regierungen dafür sorgen, dass alle staatlichen Ebenen wirkungsvoll kooperieren

32

SCHWERPUNKT

Klimakrise

„Frage von Leben und Tod“

Klimafolgen belasten kleine Inselstaaten bereits erheblich – und es wird noch schlimmer kommen. Der Umweltminister von Mauritius, Kavydass Ramano, sagt im E+Z/D+C-Interview, was er von reichen Nationen erwartet.

SEITE 18

Doppelstrategie

Zielgenaue Wettervorhersagen und Ernteversicherungen würden afrikanischen Kleinbauern dabei helfen, Klimarisiken zu mindern. Beide Instrumente sollten eng verknüpft werden. Till Below und Nkumbu Nalwimba, die in Sambia an einem GIZ Projekt beteiligt sind, erläutern ihre persönliche Sicht.

SEITE 20

„Neu und besser aufbauen“

Vor dem Glasgower Klimagipfel im November äußert sich UNDP-Chef im Interview über Fortschritte bei der Transition zur Nachhaltigkeit. Er erkennt in turbulenten Zeiten viele Gründe, hoffnungsvoll zu bleiben.

SEITE 22

Gewachsener US-Ehrgeiz

Präsident Biden weiß, dass er Probleme lösen muss, um für die USA wieder einen globalen Führungsanspruch zu erheben. Wie die freiberufliche Entwicklungsexpertin Katie Cashman schreibt, ist Klimapolitik dabei hochrelevant.

SEITE 26

Wissenschaftliche Einsichten

Besonders gefährdete Länder brauchen bei Klimaverhandlungen Fortschritte auf drei Feldern: ehrgeizigere Emissionsreduktionen, Einhaltung aller Finanzausgaben und Solidarität mit Blick auf Schäden. Der Klimaforscher Saleemul Huq aus Bangladesch erläutert im Interview die Gründe. E+Z/D+C-Redakteurinnen Katja Dombrowski und Sabine Balk fassen zusammen, was Wissenschaftler zu CO₂-Steuern und wachsenden Gesundheitsrisiken sagen. Eine Botschaft ist, dass gestiegene Staatseinnahmen für mehr sozialen Ausgleich verwendet werden sollten.

SEITE 28, 30, 31

Mehr-Ebenen-Kooperation

Bei der Reaktion auf die Klimakrise müssen alle staatlichen Ebenen wirkungsvoll zusammenarbeiten. Die freiberufliche Entwicklungsexpertin Monika Zimmermann erklärt, was „Collaborative Climate action“ bedeutet – und wie sie zustande kommt.

SEITE 32

Negativemissionen für Netto-Null

„Wann, wenn nicht jetzt?“ lautet ein Motto der Klimabewegung. Und die Wissenschaft gibt ihr recht: Es ist allerhöchste Zeit, zu handeln. Das Ziel aus dem 2015 beschlossenen Pariser Klimavertrag, die Erderhitzung möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist noch zu erreichen. Aber nur mit sofortigen, weitreichenden Maßnahmen. Bisher ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre – trotz Paris und aller politischen Bekenntnisse zum Klimaschutz – stetig gestiegen. Die Corona-Pandemie hat lediglich für ein kurzzeitiges Abflachen der Kurve gesorgt.

2021 gilt als entscheidendes Jahr für den Klimaschutz, denn im Vorfeld der Weltklimakonferenz COP26 im November müssen die Vertragsstaaten des Pariser Abkommens ihre nationalen Beiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) nachschärfen. Bisher reichen sie bei weitem nicht aus, um die Vereinbarungen von vor sechs Jahren zu erfüllen. Die neuen Ziele, die die NDCs definieren, sind ausschlaggebend für den Kurs, den die Weltgemeinschaft bezüglich der weiteren Erderhitzung einschlägt. Natürlich sind Ziele allein nicht genug – die Verantwortlichen, also vor allem Regierende, müssen auch dafür sorgen, dass sie erreicht werden.

Ein gutes Zeichen ist, dass immer mehr Staaten sich Klimaneutralität vornehmen, darunter die weltgrößten Verursacher von Treibhausgasen, China (Zieljahr 2060) und die USA (Zieljahr 2050). Auch die EU will Mitte des Jahrhunderts Netto-Null-Emissionen erreichen. Aus Indien, Platz drei auf der Liste, kommen Signale, ebenfalls 2050 anzuvisieren, und selbst Russland, viertgrößter Emittent und in Sachen Klimaschutz als Bremser verschrien, arbeitet an einer Strategie für eine klimaneutrale soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Klimaneutralität erreicht hat bislang nur ein kleines Entwicklungsland: Bhutan.

Nötig wäre, dass alle Länder darauf hinarbeiten und dass sie sich Ziele setzen, die nicht erst in weiter Ferne von Jahrzehnten liegen. Experten halten viel ambitioniertere Minderungsziele schon für 2030 für nötig. Mehrere Staaten haben kürzlich auf einem von US-Präsident Joe Biden einberufenen Klimagipfel für diesen Zeithorizont höhere Ziele als bisher angekündigt, darunter die USA selbst, Kanada und Japan. Kurz zuvor hatten auch schon die EU und Britanien – unabhängig voneinander – stärkere CO₂-Reduktionen für 2030 bzw. 2035 beschlossen. Aber auch das ist nicht genug, um die Pariser Ziele zu erreichen.

Zudem brauchen arme Länder und solche, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, mehr Unterstützung. Vielen fehlen das nötige Know-how, die besten verfügbaren Technologien und Geld für die Umsetzung. Hier müssen die Industrieländer mehr tun, Zusagen einhalten und zugleich Vorbilder und verlässliche Partner sein – schon aus eigenem Interesse.

Klar ist auch: Netto-Null funktioniert nicht ohne Negativemissionen – CO₂ muss aus der Atmosphäre zurückgeholt und permanent gespeichert werden. Die Weltgemeinschaft wird nämlich auf jeden Fall das für das 1,5-Grad-Ziel verbleibende CO₂-Budget überschreiten. Zudem werden sich gewisse Restemissionen aus der Landwirtschaft und industriellen Prozessen nie völlig vermeiden lassen. Technologien wie Direct Air Carbon Capture and Storage (DACCS) sind zwar umstritten – aber sie sind mittlerweile unverzichtbar. Großanlagen sind etwa in Island, Norwegen und den USA im Bau. Ein Ersatz für ambitionierten Klimaschutz in allen Bereichen ist das allerdings nicht. An der globalen Transformation zur Nachhaltigkeit führt kein Weg vorbei.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+Z Development and Cooperation.**
euz.editor@dandc.eu

Debatte



Im Stich gelassen

US-Präsident Joe Biden hat bis zum 11. September den kompletten Militärabzug aus Afghanistan angekündigt. Das beunruhigt viele Afghanen. Sie fühlen sich von Westen im Stich gelassen und fürchten eine erneute Machtübernahme der radikal-islamistischen Taliban, erklärt der Politikwissenschaftler Nawid Paigham.

SEITE 10

Gesunder Wettbewerb

Chinesische Entwicklungskredite schmälern den Einfluss des Internationalen Währungsfonds. Das könnte sich als gut erweisen, meint James Sundquist von der Boston University.

SEITE 11

Tribüne



Meilenstein für Afrikas Handel

Anfang dieses Jahres fiel das Startsignal für die afrikanische kontinentale Freihandelszone (African Continental Free Trade Area – AfCFTA). Für den Kontinent bietet das riesige Chancen, urteilt Christoph Kannengießner vom Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft.

SEITE 15



Human Rights Watch betont, wie wichtig globales Handeln für eine faire Impfstoff-Verteilung ist – und fordert, Gesundheitssysteme allgemein zu stärken: kenianische Krankenschwester.

COVID-19

Pandemie und Menschenrechte

Regierungen müssen ihre massiven Repressionen beenden – zu viele von ihnen haben Human Rights Watch zufolge unter dem Vorwand gesundheitlicher Bedenken gegen Grundrechte verstoßen. Auch müssten sich Länder mehr um soziale Sicherung kümmern, betont die internationale Nichtregierungsorganisation.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Innerhalb eines Jahres starben 2,5 Millionen Menschen an Covid-19, mindestens 110 Millionen weitere Menschen wurden infiziert. Und das ist nicht alles. In einem aktuellen Bericht dokumentiert Human Rights Watch (HRW), welchen Schaden Menschenrechte genommen haben. „Future choices: Charting an equitable exit from the Covid-19 pandemic“ ist ein Appell an Regierungen, den Kurs zu ändern.

Den Autoren zufolge haben die Regierungen von mehr als 90 Ländern die Pandemie als Vorwand genutzt, um die Rede- und Versammlungsfreiheit massiv einzuschränken. Sie belegen dies anhand von Vorfällen, bei denen staatliche Stellen gegen Journalisten, Aktivisten und oppositionelle Gruppen vorgegangen sind. Die Behörden unterdrückten demnach auch abweichende Meinungen, die nichts mit der Pandemie zu

tun hatten. Weltweit gibt es seither in einigen Ländern mehr Internet-Sperren und erschwerten Zugang zu Informationen.

Die HRW-Aktivisten fordern mehr Schutz für Inhaftierte in Gefängnissen und für Menschen in Einwanderungszentren vor Covid-19. Oft lebten diese in überfüllten und provisorischen Einrichtungen, meist ohne angemessene sanitäre Anlagen, Hygienekonzepte und Zugang zu medizinischer Versorgung. Der HRW-Bericht erkennt an, dass Regierungen Inhaftierte zur Entlastung der Systeme frei gelassen haben, allerdings seien es zu wenige gewesen und politische Aktivisten kaum berücksichtigt worden.

Allgemein wurde die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Laut HRW waren Quarantänen, Lockdowns und Reisebeschränkungen oft sinnvoll – wurden aber teils zu rabiät durchgesetzt. Zudem habe es Diskriminierungen gegeben.

Der Bericht berücksichtigt zudem auch Menschenrechte und spricht über Gesundheitsversorgung, Sozialschutz, Arbeitsrechte. Die Autoren betonen, wie wichtig ein globales Vorgehen für Impfstoff-Gerechtigkeit ist, die durch gleiche Verteilung in allen Ländern zu erreichen wäre.

Sie fordern eine weltweite Stärkung der Gesundheitssysteme, die Pandemie

habe vielerorts Schwächen offengelegt. Es brauche mehr Einsatz für das Recht auf Gesundheit – tatsächlich aber geschehe dies nicht, bemängelt die Organisation. So hätten sich manche Regierungen – so auch die von Afghanistan, Papua-Neuguinea und Bangladesch – ausschließlich auf Covid-19 konzentriert und Impfprogramme für übertragbare Krankheiten, die Millionen von Menschen betreffen, ausgesetzt.

Gesundheitspersonal ist extrem gefährdet und braucht mehr Schutz. Diese Menschen – meist Frauen – stehen in der Pandemie weltweit in der ersten Reihe. Die Autoren fordern zudem besseren Schutz für Menschen in Pflegeheimen und anderen Einrichtungen, wo sich das Virus schnell ausbreitet, und bedauern, dass viele Regierungen Angebote für sexuelle und reproduktive Gesundheit kürzen. Daten der Organisation International Planned Parenthood Federation zufolge seien viele Familienplanungszentren geschlossen.

FAMILIENLEBEN

Genderspezifische Gewalt habe während der Pandemie zugenommen, es habe mehr häusliche Gewalt gegeben, berichtet HRW. Im Zuge der Lockdowns wurden frustrierte männliche Angehörige für viele Frauen und Mädchen zur Gefahr. Zwischen Januar und März 2020 gab es in Pakistan 200 Prozent mehr Anrufe bei Notruftelefonen aufgrund häuslicher Gewalt – der Lockdown verstärkte den Trend. Auch in Italien, Indonesien und Russland soll es während der Lockdowns mindestens doppelt so viele Anrufe bei Hotlines wegen häuslicher Gewalt gegeben haben als sonst.

Die Schulschließungen während der Pandemie haben auch den Zugang zu Bildung verwehrt. Laut HRW wurden schätzungsweise 1,4 Milliarden Kinder und Jugendliche aus Vorschulen, Grundschulen und weiterführenden Schulen in 192 Ländern ausgeschlossen. Die Experten warnen, dass Schüler, die pandemiebedingt keinen Unterricht hatten, gegenüber ihren Altersgenossen langfristig benachteiligt sein könnten. Noch schlimmer sei, dass Mädchen und Jungen in Ehen oder Kinderarbeit gezwungen werden, was ihre Chancen auf Rückkehr in die Schule noch mehr mindert. Der Wechsel zu Online- und Fernunterricht hat zusätzlich jene abgehängt, die nicht die notwendigen Geräte und keinen Internetzugang haben.

Der Bericht spricht auch von einer Wohnungskrise. Menschen haben Jobs und Einkommen verloren – und so werden Wohnungen für Millionen von Menschen in reichen wie in einkommensschwachen Ländern unsicherer und weniger bezahlbar.

LEIDENDE ARBEITERKLASSE

Covid-19 trifft dem Bericht zufolge wirtschaftlich und sozial besonders die Arbeiterklasse. Geschäftsschließungen hatten verheerende Folgen – vor allem für geringfügig Beschäftigte in Einzelhandel und informellem Sektor. Für Frauen sei das Risiko eines Jobverlusts viel größer; und die, die ihre Jobs behielten, haben ein höheres Ansteckungsrisiko, weil sie in der Regel am Arbeitsort mit anderen Menschen arbeiten müssen.

Arbeiterrechte spielen in der Pandemie eine Rolle, darauf bestehen die Autoren. Es habe sich deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, sich krankmelden oder Familienurlaub machen zu können. Angemessene soziale Sicherungssysteme würden gewährleisten, dass an Corona erkrankte Arbeiter oder jene, die kranke Angehörige versorgen müssen,

zu Hause bleiben können. Das würde auch die Verbreitung des Virus minimieren.

Mit Beginn der Einschränkung der Bewegungsfreiheit, und um physische Kontakte von Menschen zu reduzieren, setzen Regierungen technische Lösungen ein. Apps zur Nachverfolgung von Kontakten etwa ermöglichen digitale Überwachung. So wurden diverse persönliche und sensible Daten gesammelt und ausgewertet – von GPS über Bluetooth bis zu Standortdaten von Mobiltelefonen. HRW betont, dass derartige Technik generell Persönlichkeits- und Menschenrechte erheblich gefährdet.

Auch auf Konflikte und humanitäre Notlagen wirkt sich die Pandemie aus, weil sie Regierungen und internationaler Gemeinschaft erschwert, zu reagieren. Im Südsudan haben Restriktionen, die eine Ausbreitung des Virus verhindern sollten, auch die Umsetzung des Friedensabkommens und die Vergabe von Hilfsgütern an die bedürftige Bevölkerung verzögert.

Der Bericht betont auch die Wichtigkeit von Umwelt-Regulationen in der Pandemie. Daten aus Europa und Nordamerika zeigen, dass Covid-19 marginalisierte Grup-

pen, die Umweltschadstoffen in besonderer Weise ausgesetzt sind, oft besonders hart trifft. Die Autoren fordern, die Versorgung mit erneuerbaren Energien zu priorisieren, und bedauern die Rücknahme der Regulationen während der Pandemie.

LINK

Human Rights Watch (HRW), 2021: *Future choices – Charting an equitable exit from the Covid-19 pandemic.*

<https://www.hrw.org/report/2021/03/04/future-choices/charting-equitable-exit-covid-19-pandemic>



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

kommt aus Uganda und studiert Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum. Der Masterstudiengang ist dem AGEP, dem deutschen Verband für Postgraduiertenprogramme mit besonderer Relevanz für Entwicklungsländer, angeschlossen. Ssekandi ist derzeit Praktikant bei E+Z/D+C.

sekandiron@gmail.com

LIBERIA

Gut gemeint, nicht gut gemacht

Das rohstoffreiche und fruchtbare westafrikanische Liberia liegt nach jahrelangem, verheerendem Bürgerkrieg am Boden. Weshalb der Aufbau stockt, und warum viele gutgemeinte Entwicklungsprojekte scheitern, erklärt eine langjährige UN-Mitarbeiterin in einem Buch.

Von Dagmar Wolf

Viele heutige Missstände in Liberia haben ihre Ursachen in der Geschichte: Das Land wurde Mitte des 19. Jahrhunderts von freigelassenen Sklaven aus Nordamerika und der Karibik gegründet. Die sogenannten Americo-Liberianer ließen sich hauptsächlich an der Küste ihrer neuen Heimat nieder und sicherten sich den alleinigen Zugang zu den Rohstoffen des Landes. Sie gestalteten sich

ihre Welt nach dem Vorbild der USA und verhielten sich der heterogenen indigenen Bevölkerung im Landesinneren gegenüber wie Herrenmenschen. Sie zeigten keinerlei Interesse an einheimischer Kultur und Sprache und beuteten die Einheimischen „genauso, wenn nicht noch schlimmer aus, wie sie es selbst in Amerika erlebt hatten“, schreibt die langjährige UN-Mitarbeiterin Doris Kleffner in ihrem aktuellen Buch.

In der bitterarmen Bevölkerung entwickelte sich zunehmend Unmut gegen die Americo-Liberianer. 1979 führten gestiegene Reispreise zu gewaltsamen Unruhen und Machtkämpfen, die schließlich in 14 Jahre Bürgerkrieg mündeten. Dabei ging es einerseits um ethnische Konflikte, andererseits aber auch um die politische Macht und die Rohstoffe des Landes.

250 000 Liberianer kamen ums Leben, eine Million wurde vertrieben. Auf allen Seiten wurden Kindersoldaten eingesetzt, und es kam zu kaum vorstellbaren Gräueltaten. 2003 konnte schließlich mit Hilfe der UN ein Friedensabkommen geschlossen werden, doch die Folgen des Bürgerkriegs sind dramatisch: die Wirtschaft liegt am Boden, die Bevölkerung wächst rasant – bei einer Arbeitslosigkeit von geschätzten 85 Prozent, schreibt Kleffner.

MANGELNDES KULTURVERSTÄNDNIS

Viele Projekte, die dem Wiederaufbau des Landes dienen sollten, scheiterten, stellt die Autorin fest, die mehrere Jahre für die UN-Friedensmission in Liberia war – unter anderem zuständig für die Reintegration der Ex-Rebellen. Sie wirft der internationalen Gemeinschaft nicht nur mangelndes Kulturverständnis, sondern eine regelrechte Kolonialisierung durch westliche Normen vor. Dem Land würden politische, wirtschaftliche und soziale Systeme ohne Rücksicht auf einheimische Traditionen

aufgezwungen. Das sei zum Scheitern verurteilt.

Als eines von vielen Beispielen nennt Kleffner ein einkommenschaffendes Hühnerzuchtprojekt, bei dem die Bewohner eines Dorfes eine größere Anzahl Hühner erhielten. Innerhalb eines Tages töteten die Dorfbewohner alle Tiere, weil sie glaubten, die Menschen des Nachbardorfes hätten sich in Hühner verwandelt, um sie auszuspienieren. Traditioneller Aberglaube wie dieser müsse in Programmen berücksichtigt werden.

Problematisch für den Wiederaufbau sei auch weitverbreitete Korruption und Vetternwirtschaft. Dies habe bereits bei den Friedensverhandlungen dazu geführt, dass um möglichst viele und lukrative Posten geschachert wurde, um Verwandte und Freunde zu versorgen. Das Patronage- und Verteilungssystem sei in der liberianischen Gesellschaft tief verankert. Erfolg und Wohlstand hänge nicht von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab, sondern vom Status und dem sozialen Netzwerk. Daher bestehe kaum Anreiz, eigene Fähigkeiten weiterzuentwickeln.

Das Patronagesystem habe es den Warlords einfach gemacht, arbeitslose junge Männer schon für eine warme Mahlzeit zu rekrutieren. Umso schwerer sei aber die Demobilisierung von Exkämpfern. Ausbildungsprogramme und Maßnahmen zur Schaffung alternativer und nachhaltiger Einkommensquellen scheiterten vielmals.

FEHLGESTEUERTE INTERNATIONALE HILFE

Verstärkt werde dies durch fehlgesteuerte internationale Hilfe. Genannt seien hier drei Beispiele:

- Zusätzlich zur formellen Schul- oder Berufsausbildung bekamen Exkämpfer einmalig 300 Dollar plus monatlich 30 Dollar während der Ausbildung. Dies sei ein enormer Pull-Faktor, schreibt Kleffner. Warlords nahmen ihren Kämpfern die Waffen ab und gaben sie an Verwandte und Freunde weiter. So landeten viele Menschen im Demobilisierungsprogramm – einschließlich alter, gebrechlicher Frauen –, die mit den Kriegsparteien gar nichts zu tun hatten. Außerdem bestand bei einer regelmäßigen monatlichen Zahlung keinerlei Anreiz, eine Ausbildung zu beenden.
- In einem anderen Fall hörten Familien auf, selbst Nahrungsmittel anzubauen, weil

Hilfsorganisationen Lebensmittel an Schulkinder verteilen, von denen ganze Familien leben konnten.

- Der amerikanische Reifenfabrikant Firestone und andere Arbeitgeber bezahlten ihre Plantagenmitarbeiter mit einem Sack importiertem weißen Reis pro Monat als Teil ihres Gehalts. Der einheimische braune „country rice“ galt daraufhin als minderwertig und wurde kaum noch angebaut.

auf und fordert eine radikale Reform. Seit den 1960er Jahren seien 600 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern nach Subsahara-Afrika geflossen, doch am Lebensstandard der Bevölkerung habe sich praktisch nichts geändert. Die Politiker der westlichen Welt sollten ihr Verhältnis zu den Regierungen in Entwicklungsländern hinterfragen. Millionenzahlungen an korrupte Eliten bestärkten dysfunktionale Staatssysteme,



Entwaffnung eines ehemaligen Kindersoldaten in Liberia 2003.

Generell mangle es vielen Liberianern an einem Verständnis für nachhaltiges Handeln, beklagt Kleffner. Programme würden für den persönlichen Profit missbraucht und blieben immer nur so lange am Laufen, wie sie von außen unterstützt würden. Liberias Regierung sei zwar an Wachstum, nicht aber an der Entwicklung des Landes interessiert. Sie locke Investoren aus dem Ausland, die die Rohstoffe plünderten, Profite kämen aber nicht der Bevölkerung, sondern nur den Eliten zugute.

Anhand des Beispiels Liberia zeigt die ehemalige UN-Mitarbeiterin die Problematik der internationalen Entwicklungshilfe

hemmten die Entwicklung und seien damit die Hauptursache für Migration, resümiert Kleffner.

BUCH

Kleffner, D., 2020: Liberia – Paradies auf Abwegen. Kritische Einblicke in die internationale Entwicklungspolitik. Frankfurt, Brandes & Apsel.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei
E+Z/D+C.

eu.z.editor@dandc.eu

UN-AGENDA 2030

Regeln verbindlich einfordern

Experten dringen auf eine konsequentere Umsetzung der UN-Agenda 2030. Nötig sei eine neue UN-Nachhaltigkeitsgovernance. Eine neue, machtvolle Institution könnte nach Ansicht der Experten ein UN-Nachhaltigkeitsrat sein, der etwa Regeln verbindlich einfordern könnte.

Von Sabine Balk

In Deutschland berät der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik. Dem unabhängigen Gremium gehören Personen des öffentlichen Lebens aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an. Die Autoren eines aktuellen RNE-Papiers betonen, dass nachhaltige Entwicklung nicht allein ein nationales, sondern vor allem ein globales Thema sei.

Die UN haben mit der Agenda 2030 und den 17 Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) den Rahmen gesteckt. Die RNE-Experten kritisieren aber, dass Entscheidungen auf UN-Ebene viel zu lange dauern. Gerade bei drängenden Problemen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder Pandemien sei schnelles und entschlossenes Handeln geboten, sonst sei es womöglich zu spät.

Das entscheidende UN-Gremium zur Abstimmung der globalen Nachhaltigkeitspolitik ist das High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF). Dieses hat nach Ansicht der Autoren aber einige

Defizite. Es wird von UN-Mitgliedstaaten und Stakeholdern zum Erfahrungsaustausch genutzt. Derzeit berichten die Staaten primär von Erfolgen, aber kaum von Defiziten und Strategien, wie diesen bestmöglich beizukommen wäre. Gerade das wäre jedoch notwendig, um Lerneffekte zu erzielen und Handlungswillen aufzubauen, so der RNE.

Zu den derzeitigen Probleme gehören:

- Im Moment gibt es kein internationales Gremium, das verbindlich Regeln setzen kann und dann Verstöße mit effektiven Instrumenten ahnden könnte. Auch das HLPF folgt dem Konsensprinzip, was Entscheidungen sehr erschwert. Es fehlt an Verbindlichkeit und institutionalisierten Folgeprozessen. Auch juristisch werden bislang Vergehen und Verbrechen an der Umwelt nicht geahndet.
- Staaten müssen bislang keine Rechenschaft darüber ablegen, inwieweit sie die Kohärenz ihrer eigenen Politik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung vorantreiben.
- Nach fünf Jahren Berichterstattung und institutionellen Anpassungen für die SDG-Umsetzung auf nationaler Ebene haben die UN 2019 eine „Aktionsdekade“ ausgerufen, um die Umsetzung der SDGs zu beschleunigen. Es gibt aber in der internationalen Nachhaltigkeitsgovernance bislang zu wenig effektive Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung. Peer-Learning, Selbstverpflichtungen und freiwillige Berichterstattung reichen nicht aus. Es

mangelt außerdem an der Finanzierung von Maßnahmen in ärmeren Ländern und Konzepten zur Veränderungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik.

- Es fehlt an einer effektiven Bilanzierung für Fortschritt bei nachhaltiger Entwicklung. UN-Berichte oder freiwillige Staatenberichte werden nicht analysiert. Entsprechend fehlt eine Zusammenschau der Transformationsthemen sowie eine Quantifizierung der Zielerreichung.

Um diese Probleme anzugehen, macht der RNE konkrete Reformvorschläge. Es müsse ein UN-Nachhaltigkeitsrat geschaffen werden, der auf Augenhöhe mit dem UN-Sicherheitsrat steht. Dies erfordert eine Anpassung der UN-Charta und die Zustimmung und Ratifizierung von zwei Dritteln aller Mitgliedstaaten, inklusive der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder. Ein zu einem UN-Nachhaltigkeitsrat aufgewerteter Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) könnte mittelfristig das Herzstück der UN-Nachhaltigkeitsgovernance werden. Denkbar wäre ein Rat mit einem Kammersystem, ähnlich wie bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Bevor dieses langwierige Unterfangen umgesetzt wäre, schlagen die RNE-Autoren eine sofortige, moderate Reform bestehender Institutionen vor.

Dazu gehört, dass die Kapazitäten des ECOSOC bestmöglich für die Umsetzung der Agenda 2030 genutzt und, wo nötig, aufgestockt werden sollten, um beim HLPF richtungsweisende Empfehlungen für eine weitere Reform geben zu können. Die UN sollten die Wirksamkeit und Kohärenz von Politikentscheidungen sicherstellen, alle Berichte an das HLPF systematisch auswerten und die Zivilgesellschaft an allen relevanten UN-Prozessen zur Umsetzung der Agenda 2030 systematisch beteiligen.

LINK

Rat für nachhaltige Entwicklung, 2021:

Reformoptionen für eine effektive UN-Nachhaltigkeitsgovernance.

https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2021/02/RNE_Politikpapier_UN-Nachhaltigkeitsgovernance.pdf



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



UN-Generalsekretär António Guterres beim High-level Political Forum on Sustainable Development in New York.

Mädchen in der Schule halten

Die Aussichten für Grundschülerinnen in Malawi sind nicht rosig: Denn nur etwa ein Viertel von ihnen schließt die Grundschule tatsächlich ab, gibt der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) an. Fast 60 Prozent brechen ab – zu den vielfältigen Gründen gehören Armut, mangelnde Motivation oder schlechte sanitäre Einrichtungen. Weitere 15 Prozent verlassen die Schule wegen Schwangerschaft und/oder Heirat.

Hinzu kommt, dass etwa 20 Prozent der malawischen Mädchen unter 18 Jahren Vergewaltigung oder andere sexuelle Gewalt erleben, so UNFPA in einem Bericht. UNFPA hat das Ziel, die Müttergesundheit und die reproduktive Gesundheit weltweit zu verbessern.

Um Malawis Schülerinnen zu unterstützen, riefen UNFPA und das malawische Bildungsministerium sogenannte Müttergruppen ins Leben. Das ist ein Kreis von etwa zehn erwachsenen, weiblichen Freiwilligen, die ehrenamtlich an Schulen tätig sind und den Mädchen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ihr Ziel ist es, Mädchen an der Schule zu halten.

Die Mütter haben vielfältige Aufgaben: Sie dienen als Vorbilder, machen den Mädchen die Bedeutung von Bildung klar und überweisen sie bei Bedarf an Gesundheitsdienste. Sie beraten die Mädchen, wie sie dem Druck widerstehen können, die Schule abzubrechen. Manche Mädchen werden von ihren eigenen Eltern angehalten, von der Schule zu gehen, vor allem, wenn sie verheiratet sind und die Ehemänner ihrer Töchter die Eltern finanziell unterstützen.

Die Mütterberaterinnen geben den Mädchen praktische Tipps, etwa wie

sie selbst Damenbinden aus Stoffresten herstellen können, die sie waschen und wiederverwenden können. Die Mütter helfen den Mädchen auch mit selbstgemachten Binden aus, wenn diese sie vergessen haben, sagt Lloyd Mtalimanja, Programmkoordinator bei WaterAid Malawi. Die Nichtregierungsorganisation verbessert die sanitären Einrichtungen in den Schulen.

Die Menstruation ist ein wichtiger Faktor für den Schulabbruch. „Wenn Mädchen ihre Regel bekommen, bleiben sie lieber zu Hause,“ sagt Bright Sibale von der Beraterfirma Centre for Development Management. Er hat eine von World Relief Malawi finanzierte Studie zur Entwicklung von Kindern durchgeführt, die zeigt, dass Mädchen oft dann der Schule fernbleiben, wenn sie ihre Menstruation haben.

„Die meisten Mädchen brechen die Schule ab, weil sie von den Jungen gemobbt werden, besonders, wenn sie ihre Periode haben“, sagt die Lehrerin Ellen Phiri. „Viele dieser Mädchen schaffen es mit Hilfe der Müttergruppe, an der Schule zu bleiben, und einige gehen dann sogar auf die weiterführende Schule.“

Es gibt noch keine vollständigen Daten über den Erfolg der Müttergruppen. Aber einige lokale Statistiken deuten auf eine signifikante Wirkung hin. Laut Thokozire Livuza, einem Berater für Grundschulbildung im Distrikt Mulanje, stieg die Zahl der Grundschüler in der Mombo-Zone des Distrikts von fast 11900 im Schuljahr 2017/18 auf fast 14400 im Schuljahr 2018/19. Der größte Teil dieses Anstiegs sei auf die Bemühungen von Muttergruppen zurückzuführen, heißt es in einem Artikel der Malawi News Agency.

Müttergruppen sind in etwa 350 malawischen Grundschulen aktiv. Diese Gruppen erhalten unterstützende Supervision vom Bildungsministerium sowie einen Teil der Gelder, die das Ministerium den Schulen zur Verfügung stellt. Aber die 350 Schulen sind nur ein Bruchteil von Malawis 6400 Grundschulen.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist aus
Malawi.
raphael.mweninguwe@
hotmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 30.4.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Sabine Balk (SB; Redakteurin), Dagmar Wolf (DW; Assistentin)
Freiberufliche Mitarbeit: Katja Dombrowski (KD),
Aviva Freudmann (AF), Monika Hellstern (MH; Social Media), Jan
Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die
FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

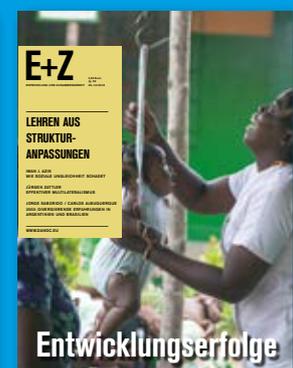
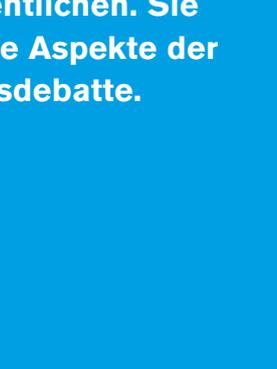
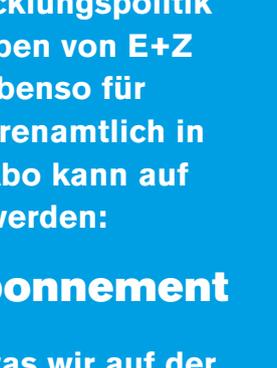
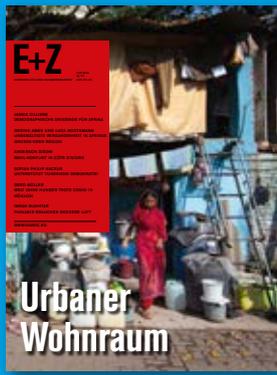
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





Afghanischer Polizist 2015 mit US-Soldat in Kabul.

AFGHANISTAN

Im Stich gelassen

US-Präsident Joe Biden hat bis zum 11. September den kompletten Militärabzug aus Afghanistan angekündigt. Das beunruhigt die Afghanen.

Von Nawid Paigham

Seit 20 Jahren sind US-Truppen im Land. 2001 marschierten sie bald nach den Terroranschlägen auf New York und Washington vom 11. September ein. Heute sagt Präsident Biden, die Hoffnung auf ideale Abzugsbedingungen irgendwann rechtfertigte nicht den Verbleib in Afghanistan.

Soldaten aus anderen NATO-Ländern unterstützen die US-Politik in Afghanistan. Deren Regierungen wollen ihre Truppen jetzt auch nach Hause holen.

Für Afghanen sind das schlimme Nachrichten. Sie fühlen sich von den Mächten in Stich gelassen, die eine bessere Zukunft mit Wohlstand, Demokratie und Rechtssicherheit versprochen. Es tröstet niemanden, dass Biden solche Ziele für recht unrealistisch hält. In diversen Medien artikulieren Afghanen nun die Sorge, dass der Einfluss der Taliban-Extremisten wachsen dürfte. Deren Regime hatten die US-Truppen 2001 gestürzt. Dass die Taliban an die Macht zurückwollen, ist offensichtlich.

Es stimmt: Die internationalen Truppen haben nicht erreicht, was sie sollten. Die Kritiker sagen zu Recht, dass es kaum aussichtsreich erscheint, immer weitere militärische, politische und finanzielle Unterstützung zu leisten, wenn zwei Jahrzehnte solcher Unterstützung Afghanistan nicht auf die eigenen Beine zu stellen vermochte. Andererseits hat es zivilen, demokratischen und politischen Fortschritt in Afghanistan gegeben – und das meiste davon dürfte nun zunichtegemacht werden.

Aus Bidens Sicht wurde das Hauptziel erreicht: Von Afghanistan geht keine internationale Terrorgefahr mehr aus. Der Präsident, der 2001 den Einmarsch befahl, hatte freilich mehr beabsichtigt. George W. Bush sagte damals: „Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida, aber es geht um mehr.“ Er werde erst zu Ende sein, wenn jede Terrororganisation mit globaler Reichweite „gefunden, gestoppt und geschlagen“ sei. Keiner der Attentäter von 11. September stammte aus Afghanistan, aber das Taliban-Regime hatte Al-Qaida, der Organisation von Osama bin Laden, Unterschlupf gewährt.

Leider konzentrierte sich Bush auf den Kampf gegen Terroristen und Verbrecher. Das machte die NATO-Präsenz für viele Af-

ghanen zwiespältig. Positiv war, dass Raum für friedlichen Wiederaufbau und konstruktive Entwicklung entstand. Der Preis dafür war aber eine hohe Zahl von Toten, die Sondereinheiten bei der Jagd auf bin Laden und seine Leute zum Opfer fielen. Unschuldige Zivilisten starben, was es den US-Truppen schwer machte, Sympathien zu gewinnen.

Erschwerend kam hinzu, dass Opium Afghanistans wichtigstes Exportgut ist, westliche Konzepte aber nie wirklich darauf eingingen. Selbstverständlich handelt es sich um eine illegale Droge, aber schlichte Verbrechensbekämpfung war keine überzeugende Strategie in einem Umfeld, in dem der Schwarzmarkt vielen Menschen die aussichtsreichsten Erwerbsmöglichkeiten bietet. Es war zudem naiv zu glauben, Korruption ließe sich in einem von Schwarzgeld überfluteten Land wirkungsvoll begrenzen.

Unter Präsident Barack Obama wandelte sich die Politik – vor allem nach bin Ladens Tod in Pakistan. Die US-Generäle legten fortan mehr Wert auf Aufstandsbeugung als auf Terroristenjagd. Überzeugende Erfolge blieben aber aus. Schließlich startete Präsident Donald Trump Verhandlungen mit den Taliban, und nun will Biden die Truppen abziehen.

In Afghanistan herrscht seit 40 Jahren Krieg. Nur die Hälfte der Zeit war die NATO involviert. Dennoch wurde es der längste Krieg, an dem die USA je beteiligt waren. Biden will das nun beenden. Aber ob der Krieg auch in Afghanistan enden wird, weiß niemand.

Die historische Erfahrung spricht gegen Optimismus. Als die sowjetischen Truppen Ende der achtziger Jahre abzogen, eskalierte der Bürgerkrieg mit vielen neu entstandenen Milizen. Niemand sollte jetzt Wunder erwarten. Biden nimmt andere globale Herausforderungen in den Blick – Chinas Aufrüstung, Russlands aggressives Verhalten und Irans Atomprogramm. Es kann aber schrecklich schiefgehen. Möglicherweise muss er schon bald wieder Truppen nach Afghanistan schicken. Das wurde im Irak nötig, als nach dem Abzug der USA der Isis-Terrorismus eskalierte.



NAWID PAIGHAM ist Politikwissenschaftler und bereitet an der Berliner Humboldt Universität seine Doktorarbeit vor.

npeigham@gmail.com

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Gesunder Wettbewerb

Chinesische Kredite schmälern den Einfluss des IWF. Das könnte sich als gut erweisen.

Von James Sundquist

Wenn Entwicklungsländer vor 20 Jahren in wirtschaftliche Not gerieten, gab es für sie nur eine Anlaufstelle: ein Konsortium westlich geführter Institutionen, darunter der Internationale Währungsfonds (IWF), Weltbank und der Entwicklungshilfesausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development – OECD).

Das hat sich geändert, denn nun spielt China eine Schlüsselrolle. Mal arbeitet das Land mit den westlich geführten Institutionen zusammen, mal nicht. Wissenschaftler denken seit Jahren darüber nach, was das für Entwicklungsländer bedeutet. Sie konzentrieren sich meist auf Chinas Langzeitkredite für Infrastruktur-Projekte und darauf, ob sie das finanzielle und politische Risiko für die Schuldner wert sind.

Doch auch andere Aspekte sind interessant, etwa Chinas potenzielle Rolle als IWF-Rivale bei der Vergabe von Notfallkrediten. Finanzjournalisten berichten über tatsächliche oder gerüchteweise existierende finanzielle Rettungsanker Chinas an etliche Länder. Bislang handelt es sich hauptsächlich um Anekdoten, da es noch keine seriösen Recherchen gibt. Wichtige Fragen sind aber:

- Gibt es Anzeichen dafür, dass die Kreditvergabe Chinas die IWF-Programme ersetzt?
- Wie weit verbreitet ist dieses Phänomen?
- Hat das die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer in Gesprächen mit dem IWF gestärkt?

Manch westlicher Politiker warnt, China verfolge eine „Schuldenfallen“-Strategie, um ärmere Länder abhängig zu machen. Interessant ist aber auch die Frage, ob chinesische Kredite diese Länder nicht vielmehr aus der IWF-Abhängigkeit lösen.

Meine Studien, basierend auf Daten von 2001 bis 2017 aus 104 Ländern, zeigen,

dass sich einige Länder dank chinesischer Kredite nicht an den IWF wenden mussten. Anderen half das, Deals mit weniger Bedingungen auszuhandeln.

Das könnte ein gesunder Trend sein, schließlich erzielten IWF-Programme oft nicht die erwarteten Ergebnisse. Kritiker meinen, die schlechte Erfolgsbilanz resultiere aus einer übertrieben orthodoxen



IWF-Chefin Kristalina Georgieva mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping 2019 in Peking.

Marktwirtschaft. Manche sprechen gar von Souveränitätsverletzung. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz vergleicht die Konditionalität des IWF mit einem Aderlass – die Kreditbedingungen mögen zwar wohlge meint sein, schaden aber dem Patienten.

Indem es Kreditnehmern möglich wird, mit dem IWF bessere oder gar keine Konditionen auszuhandeln, tun die chinesischen Kredite womöglich mehr für die Freiheit der Entwicklungsländer, als IWF-Kritiker es bislang vermochten.

Es ist zu beachten, dass diese Kredite weniger riskant erscheinen, als manche

befürchten. China hat Bürgschaften für Länder ohne verlässliche Devisenquellen – wie etwa Simbabwe – stets verweigert. Es scheint China eher um die Tragfähigkeit von Schulden zu gehen als darum, jemanden in die Schuldenfalle zu locken. Meine Daten zeigen, dass Länder, die Rohstoffe in großem Maße exportieren, am meisten von chinesischen Krediten profitieren. Sie sehen China klar als Alternative zum IWF.

China ist nicht das erste Land, das den IWF unterläuft, wenn es seinen Interessen entspricht. So leisteten die USA 1990 im Zuge des Ersten Golfkriegs trotz Protesten des IWF Soforthilfe an Ägypten. Ähnlich unterstützte Frankreich in den 1980er Jahren seine ehemaligen Kolonien in Westafrika.

Heute vergibt China an immer mehr Länder Kredite. Fürsprecher des IWF werden kontern, dessen politische Konditionalität sei über die vergangenen zwei Jahrzehnte weicher geworden, auch tue der IWF mehr dafür, Länder zu langfristigem Wohlstand zu führen als China. Und sie werden China vieler Dinge beschuldigen, wie etwa:

- kurzfristige inländische Bedürfnisse der Kreditnehmer gegenüber langfristiger Nachhaltigkeit und Effizienz zu priorisieren,
- intransparente Kreditvergabe, ohne Korruption und illegale Finanzströme zu berücksichtigen, und
- eine Infrastruktur zu fördern, die den wirtschaftlichen Interessen Chinas entspricht (einschließlich Rohstoffimporte und Exporte von Industriegütern).

Vieles mag stimmen. Kreditnehmende Regierungen werden die Vorteile der Kredite von IWF und China sorgfältig abwägen müssen. Doch sie werden froh sein, eine Wahl zu haben.

LINK

Sundquist, J., 2021: Bailouts from Beijing – How China functions as an alternative to the IMF

<https://www.bu.edu/gdp/2021/03/08/bailouts-from-beijing-how-china-functions-as-an-alternative-to-the-imf/>



JAMES SUNDQUIST
ist Stipendiat am Global
Development Policy Center
der Universität von Boston
und Doktorand an der

Universität von Yale.

james.sundquist@yale.edu

MALAWI

Demokratischer, aber noch kein wirtschaftlicher Fortschritt

Im Dezember 2020 erklärte das britische Wirtschaftsmagazin The Economist Malawi nach einem bemerkenswerten Regierungswechsel zum „Land des Jahres 2020“, weil es „die Demokratie in einer autoritären Region wiederbelebt“ hat. Eine verdiente Auszeichnung! Auch um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, gibt es viel zu tun für die neue Regierung.

Von Rolf Drescher

Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2019 war der Amtsinhaber Arthur Peter Mutharika im Amt bestätigt worden (siehe meinen Beitrag in der Tribüne im E+Z/D+C e-Paper 2019/4), was zu landesweiten massiven Protesten führte. Ein durch die beiden großen Oppositionsparteien Malawi Congress Party (MCP) und United Transformation Movement (UTM) angestrebtes Gerichtsverfahren endete Anfang 2020 mit der Annullierung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen aufgrund systematischer Wahlfälschungen. Das Verfassungsgericht ordnete Neuwahlen an, die am 23. Juni 2020 stattfanden.

Die MCP und UTM gingen, zusammen mit kleineren Parteien, ein Wahlbündnis ein und unterstützten als „Tonse Alliance“ (all of us) den MCP-Kandidaten Lazerus McCarthy Chakwera. Chakwera gewann die Wiederholungswahl mit 59 Prozent. Mit seinem Amtsantritt am 28. Juni 2020 wurden die Weichen für einen politischen und wirtschaftlichen Reformprozess gestellt. Die neue Langfriststrategie „Malawi 2063“ gibt das Ziel vor: bis 2063 soll der Status eines gehobenen Mitteleinkommenslands erreicht werden.

Doch die Ausgangslage ist schwierig. 70 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Der Human Development Index des United Nations Development Programme (UNDP) hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verbessert. Die Voraussetzungen für ein nachhaltiges, armutsminderndes Wirt-

schaftswachstum sind nicht gegeben. Die Lebensader des Landes ist die regenabhängige Subsistenzlandwirtschaft. Die Covid-19-Pandemie setzt der Wirtschaft zusätzlich



Wie diese Feldarbeiterin leben die meisten Malawier von der Subsistenzlandwirtschaft.

zu und verstärkt den Trend wachsender Ungleichheit.

Im Wahlkampf hat die Tonse Alliance mit den Themen Korruptionsbekämpfung, Schaffung von Arbeitsplätzen, subventioniertem Saatgut und Verbesserung der sozialen Dienstleistungen gepunktet. Einen fiskalischen Spielraum für kostspielige Reformen zur Umsetzung der Wahlversprechen hat die Regierung nicht.

Einer verbesserten Regierungsführung und speziell einer durchgreifenden Reform des öffentlichen Finanzmanage-

ments kommt mit Blick auf das wachsende Haushaltsdefizit und die Verschuldung eine herausragende Bedeutung zu. Vier zentrale strukturelle Haushaltsprobleme müssen dringend angegangen werden:

1. die Einnahmen decken nicht die laufenden Staatsausgaben und müssen teilweise kreditär finanziert werden;

2. die gesetzlich gebundenen Ausgaben (einschließlich des Schuldendienstes) lassen der Regierung keinen fiskalischen Spielraum für die Finanzierung prioritärer Projekte oder von Notfallmaßnahmen;

3. für eine strukturelle Transformation der Wirtschaft müssen die staatlichen Ausgaben und kommerzielle in- und ausländische Investitionen substanziell erhöht werden;

4. die Ausgabeneffizienz muss gesteigert werden, was teilweise eine größere Wirkung hat als mehr Einnahmen.

Die Regierung hat die Herausforderungen erkannt. Sie sieht die Schaffung effektiver Institutionen und eine verbesserte Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors einschließlich eines modernisierten, effizienten Finanzmanagements als strategischen Hebel an. Für Präsident Chakwera hat die Bekämpfung der systemischen Korruption in allen öffentlichen Institutionen höchste Priorität.

Nach knapp einem Jahr im Amt bemängeln Kritiker eine kraftvolle Rhetorik der Regierung, der aber keine Taten folgen. Die Analyse der ersten Schritte stimmt aber optimistisch. Es ist zu hoffen, dass der Wählerauftrag eines politischen Wandels, durchgreifender Reformen und einer kompromisslosen Korruptionsbekämpfung Leitlinie des Regierungshandelns bleibt. Dies sollte die Staatsführung mit einer Politik koppeln, die die hohen Erwartungen der Bevölkerung erfüllt und dennoch mit den fiskalischen und wirtschaftlichen Realitäten in Einklang zu bringen ist. Nur so kann sie einem schnellen Vertrauensverlust vorbeugen.



ROLF DRESCHER

ist Mitarbeiter der GIZ. Er

leitet in Lilongwe das

Vorhaben „Stärkung des

öffentlichen Finanzmanage-

ments in Malawi“. Der Beitrag gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

rolf.drescher@giz.de

rolf.drescher@t-online.de



Potentaten wie Vladimir Putin fühlten sich von Donald Trump ermutigt.

USA/NATO

Demokratie versus Kleptokratie

Westliche Nationen tun gut daran, Demokratie zu fördern. Das können sie tun, indem sie illegitimen Finanzflüssen Grenzen setzen.

Von Hans Dembowski

Demokratien sind per definitionem pluralistisch. Wenn Regierungen sich Wählern verantwortlich fühlen, ziehen sie mit großer Wahrscheinlichkeit vielfältige Interessen in Betracht. Autokratische Herrscher dienen dagegen meist kleinen, oligarchischen Eliten. Sie behaupten zwar, „die“ Nation zu stärken, aber zählen nur zur Volksgemeinschaft, wer ihnen zujubelt.

Die Amtszeit von US-Präsident Donald Trump prägten Selbstbereicherung sowie Missachtung von Institutionen auf nationaler wie internationaler Ebene. Er tat nichts, um Demokratie zu fördern. Autoritäre Despoten fühlten sich ermutigt. Leider füllten keine anderen westlichen Politiker die Lücke, die Trump aufriss. Allerdings hat die EU auch eigene Demokratiedefizite, wie etwa rechtspopulistische Regierungen in Polen und Ungarn. US-Präsident Joe Biden will Demokratie wieder zum globalen Leitprinzip machen. Dafür braucht er Verbündete. Wohlklingende Rhetorik wird nicht reichen, denn wer anderen glaubwürdige gute Regierungsführung predigen will,

muss selbst mit gutem Vorbild vorangehen. Um das zu tun, sollten westliche Staaten mit viel größerer Entschlossenheit illegitime Finanzflüsse bekämpfen. Das wäre sowohl innen- wie außenpolitisch klug.

Autokraten und Oligarchen spotten zwar gern über liberale Demokratien, aber sie brauchen Zugang zu westlichen Kapitalmärkten. Um sich sicher zu fühlen, wollen sie schließlich zumindest einen Teil ihres Reichtums in Anlagen investieren, deren Wert in Dollar, Euro, Yen und anderen international anerkannten Währungen gemessen wird. Sie profitieren von Geldwäsche, Steueroasen und dubiosen Transaktionen. Dem können westliche Staaten viel entgegensetzen, wenn sie nach Kräften Wirtschaftskriminalität bekämpfen, das Steuerrecht durchsetzen und Schlupflöcher schließen. Eine Folge wären höhere Staatseinnahmen, so dass ihnen mehr Mittel für das Gemeinwohl zur Verfügung stünden. Soziale Ungleichheit würde reduziert. Je überzeugender sie agieren, desto stärker wird das Vertrauen in Institutionen – zu Hause, aber auch jenseits der Grenzen. Zugleich würden sie Despoten und deren Cliquen das Leben schwerer machen.

Laut dem Center for American Progress, einem Thinktank in Washington, bedroht internationale Korruption in zu-

nehmendem Maße westliche Demokratien. Ein kluges Strategiepapier aus diesem Hause trägt den Titel „Turning the tide on dirty money“. Die Autoren erkennen an, dass die internationale Korruptionsbekämpfung in den vergangenen Jahrzehnten Fortschritte gemacht hat, warnen aber, dass sich bedrohliche Trends noch schneller beschleunigt haben. Zugleich urteilen sie, die USA, die EU und das britische Königreich könnten durch entschlossenes und geschlossenes Handeln wirkungsvoll gegensteuern.

Das ist auch nötig. In Europa halten viele die Zukunft der Demokratie wieder für gesichert, weil Biden nun Präsident ist. Es gibt aber weiterhin Anlass zu großer Sorge. So urteilt Freedom House, ein weiterer Think Tank in Washington, im neuen Jahresbericht 2021 mit dem Titel „Democracy under siege“. Er besagt unter anderem, dass nur noch 20 Prozent der Menschheit in einem freien Land leben. So klein war die Quote seit 1995 nicht mehr. Außerdem leben 75 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen sich die Lage 2020 verschlechtert hat. Dabei spielt natürlich eine große Rolle, dass Indien unter dem hindu-chauvinistischen Regierungschef Narendra Modi nur noch als „teilweise frei“ statt „frei“ gilt. Mit fast 1,4 Milliarden Menschen stellt das Land aber nur 18 Prozent, nicht 75 Prozent der Menschheit.

In Hongkong, Belarus und andernorts fordern Protestbewegungen (mehr) Demokratie. Manchmal haben sie Erfolg, aber allzu oft werden sie unterdrückt. Als deprimierend bezeichnet Freedom House auch andere Entwicklungen, wie beispielsweise den Bürgerkrieg in Äthiopien, wo Premierminister Abiy Ahmed mehr Demokratie zu versprechen schien, oder das Aufflackern des Gewaltkonflikts in Nagorno-Karabach. Autokraten, Kriegsherren und ihre Verbündeten sind auf illegitime Finanzflüsse angewiesen. Um die Demokratie im eigenen Land zu verteidigen und sie zugleich international zu fördern, sollten westliche Spitzenpolitiker der Kleptokratie entschlossen Grenzen setzen.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und Zusammen-
arbeit / **D+C** Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc

Editorial office D+C
18.746 Tweets

D+C [Folgen](#)

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/NBIV30ktnum

Frankfurt, Germany [dandc.eu](#) Seit Januar 2010 bei Twitter

2.201 Folge ich 12.998 Follower

[Tweets](#) [Tweets und Antworten](#) [Medien](#) [Gefällt mir](#)

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1 Std. ...

Governments must rise to their responsibility
ow.ly/nd2A50EAw8G

#ClimateChange #NegativeEmissions #CarbonNegative #NegCO2 #NetZero #TogetherForOurPlanet #COP26 #SDG13 @KoljaDombrowski

Governments must rise to their responsibility
One of the climate movement's slogans is: "The time to act is now." Indeed, scientists agree that it is hig...
dandc.eu

1 3 2

Editorial office D+C hat retweetet

Global Development Policy Center Boston University @G... · 18 Std. ...

China is not the first country to undergo the IMF when it crafts its strategic

Twitter durchsuchen

Neu bei Twitter?
Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten!

[Registrieren](#)

Was dir gefallen könnte

- CUM PATRIA** @cumpatria [Folgen](#)
- Jade Global** @JadeGlobal [Folgen](#)
- China Railway Engine...** @CRECofficial [Folgen](#)

[Mehr anzeigen](#)

Trends für dich

Trend in Deutschland
Liefers
13.500 Tweets

Trend in Deutschland
Girokonto





Die neue kontinentale Freihandelszone schafft Chancen für Afrika: Arbeiter einer Fabrik für Natriumsilikat in Kenia.

INTERKONTINENTALE FREIHANDELSZONE

Ein Meilenstein für Afrikas Handel

Am 1. Januar 2021 fiel das Startsignal für die afrikanische kontinentale Freihandelszone (African Continental Free Trade Area – AfCFTA). Für den Kontinent bietet das riesige Chancen und weckt die Hoffnung, dass sich viele Handelsbarrieren schrittweise lösen könnten.

Von Christoph Kannengießer

Das Abkommen tritt zu einer Zeit in Kraft, in der sich ein Großteil der Welt von Kooperation und Freihandel abwendet. Die Weltwirtschaft befindet sich aufgrund der Covid-19-Pandemie zwischen Stagnation und Rezession. Für Afrika ist die Schaffung des riesigen, regionalen AfCFTA-Marktes eine große Chance: Sie kann den Ländern helfen, ihre Exporte zu diversifizieren, das Wachstum zu beschleunigen und ausländische Direktinvestitionen anzuziehen.

Noch immer sind viele afrikanische Länder auf Einnahmen aus Rohstoffexporten angewiesen, während die Industrialisierung auf sich warten lässt. Investitionsgüter oder Lebensmittelerzeugnisse werden über-

wiegend von außerhalb des Kontinents importiert. Mit einem Welthandelsanteil von weniger als drei Prozent hat Afrika die Diversifizierung seiner Exporte erst noch zu leisten. Und: Nur 17 Prozent der afrikanischen Exporte sind intrakontinental, verglichen mit 68 Prozent in der Europäischen Union.

Der innerafrikanische Handel bleibt also weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wichtige Voraussetzungen für Veränderung wären, nichttarifäre Hemmnisse zu beseitigen. Dazu gehören unkoordinierte bürokratische Verfahren, lange Wartezeiten an der Grenze oder zeitraubende und hinderliche Ausfuhrbestimmungen. Derlei erhöht bislang die Handelskosten auf dem Kontinent. Hinzu kommt eine unzureichende Verkehrs- und Logistikinfrastruktur. Afrika hat sich deshalb schneller mit dem Rest der Welt als innerkontinental verbunden.

Mit der AfCFTA soll sich das nun ändern. Es entsteht – gemessen an der Anzahl der Länder – die größte Freihandelszone der Welt. Der Pakt verbindet 1,3 Milliarden Menschen in 54 Ländern mit einem kumulierten Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 3,4 Billionen Dollar.

Ziel der AfCFTA ist es, Handelskosten zu senken und Afrika eine weitere Integration in die globalen Lieferketten zu ermöglichen. Über 90 Prozent der innerafrikanischen Zölle sollen beseitigt, nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut und ein einheitlicher Binnenmarkt mit freiem Waren- und Dienstleistungsverkehr geschaffen werden. Gleichzeitig sollen Bürokratie abgebaut und Zollverfahren vereinfacht werden. Diese Maßnahmen werden zu erheblichen Einkommensgewinnen führen. Über den Handel hinaus befasst sich AfCFTA auch mit der Bewegung von Personen und Arbeitnehmern, Wettbewerb, Investitionen und geistigem Eigentum.

Langfristig soll nicht nur der innerafrikanische Handel, sondern auch der Handel mit anderen Kontinenten von der Freihandelszone profitieren. Sie soll beispielsweise Investitionen und Handel mit Partner aus der EU erleichtern. Zudem soll sie nachhaltiges Wirtschaftswachstum und regionale Integration auf dem heute stark fragmentierten afrikanischen Kontinent fördern. Richtig umgesetzt, kann sie das Wirtschaftswachstum Afrikas ankurbeln und nachhaltige Arbeitsplätze für Millionen von Menschen schaffen. Damit kann die AfCFTA zur Verringerung der Armut beitragen, da sie die strukturellen wirtschaftlichen Gründe von Entwicklungsrückständen angeht.



Afrika braucht mehr Handel: Container im Hafen von Conakry in Guinea.

Das sieht auch die Weltbank so. Sie geht davon aus, dass die AfCFTA das regionale Einkommen bis 2035 um sieben Prozent oder 450 Milliarden Dollar steigern wird. Besonders profitieren sollen demnach von dem zu erwartenden Lohnwachstum bis 2035 mehr als 30 Millionen Menschen, die aus der extremen Armut befreit werden könnten. Gleichzeitig erwartet die Weltbank, dass auch die Löhne für qualifizierte und ungelernete Arbeitskräfte um rund 10 Prozent steigen werden.

ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Bei erfolgreicher Umsetzung kann das Abkommen die Exporte Afrikas um 560 Milliarden Dollar steigern, hauptsächlich im wichtigen verarbeitenden Gewerbe (siehe World Economic Forum, 2021). Dadurch würden dringend benötigte Arbeitsplätze für die jungen Bevölkerungen Afrikas geschaffen werden. Laut der Mo Ibrahim Foundation könnte die AfCFTA bei erfolgreicher Umsetzung bis 2030 kombinierte Konsum- und Geschäftsausgaben von 6700 Milliarden Dollar generieren. Darüber hinaus werden Märkte und Volkswirtschaften in der Region umgestaltet, was zur Schaffung der dringend benötigten weiterverarbeitenden Industrien und zur Expansion von Schlüsselsektoren führen wird. Im Ergebnis würde dies die afrikanischen Länder global wettbewerbsfähiger machen.

Die AfCFTA kann aber noch mehr leisten, wenn sie gelingt. Durch das Konzept der „Handelsintegrität“ besteht die Möglichkeit, gute Regierungsführung in vielen Ländern Afrikas von einer ganz neuen Seite her zu fördern. Da der Handel innerhalb der Freihandelszone auf eine einheitliche Rechtsbasis gestellt wird, die auf den Prin-

zipien der Legalität und Transparenz aufbauen, würde die Verbreitung von illegal beschafften oder produzierten Waren automatisch erschwert werden. Das gilt etwa für den Verkauf von illegal geförderten Rohstoffen oder Gütern, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden. Im Umkehrschluss müssten die Mitgliedsländer die Einhaltung der vereinbarten Standards strenger selbst kontrollieren, was die Qualität ihrer Regierungsführung verbessern würde.

ANSTEHENDE HERAUSFORDERUNGEN

Gleichzeitig müssen wir auch die noch zu lösenden Herausforderungen bei dem historischen Unterfangen AfCFTA benennen. Gute Intentionen reichen nicht. Auf die Umsetzung kommt es an. Allen voran muss es deshalb nun gelingen, die Implementierung des Abkommens kontinuierlich weiter voranzubringen. Ein kürzlich veröffentlichter Artikel des Afrikanischen Zentrums für wirtschaftliche Transformation zeigt auf, wie das Abkommen die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen und Afrika helfen wird, „dem kolonialen Erbe zu entkommen“. Das Zentrum betont jedoch, dass „der Teufel in der Umsetzung steckt“, und empfiehlt einen Bottom-up-Ansatz, der sich auf nationale Probleme konzentriert, die grenzüberschreitende Lösungen wie gemeinsame Wasserressourcen sowie regionale Infrastrukturprojekte erfordern.

Das Thema Infrastruktur spielt für den Erfolg der AfCFTA eine Schlüsselrolle. Laut der Afrikanischen Entwicklungsbank ist der Infrastrukturbedarf Afrikas mit 130 bis 170 Milliarden Dollar pro Jahr beträchtlich. Die Finanzierungslücke liegt zwischen 68 und 108 Milliarden Dollar. Europa sollte die Chance ergreifen und zur Schließung

dieser Lücke und der Realisierung der notwendigen Infrastrukturprojekte beitragen. Die EU könnte dafür einen gemeinsamen Infrastrukturfonds auflegen.

Der Fonds könnte dadurch nicht nur die Weiterentwicklung der afrikanischen Freihandelszone effektiv unterstützen, sondern deutsche und europäische Unternehmen könnten in Infrastrukturprojekten in Afrika tätig werden. Diese werden aktuell noch viel zu oft von der unsicheren Finanzierungslage möglicher Projekte abgeschreckt, was dazu führt, dass Investitionen nicht getätigt werden.

Deutschland und die EU sollten ihre Bemühungen dafür intensivieren, dass mit Hilfe der AfCFTA der innerafrikanische Handel verstärkt wird. Beispielsweise müsste die AU-Kommission bei den Verhandlungsprozessen gestärkt werden, damit die in der Afrikanischen Union (AU) getroffenen Entscheidungen durch die nationalen Regierungen auch zügig umgesetzt werden. Die Umsetzung des Abkommens, die fortschreitende Integration der Freihandelszone und die Verhandlungen zum Abbau von Handelshemmnissen zwischen ihnen werden noch einige Zeit entscheidend bleiben.

Um konkrete Ergebnisse zu erzielen, muss aber auch sichergestellt werden, dass der Privatsektor die neuen Marktchancen nutzen kann. Um Investitionen anzuziehen – ob lokal, regional oder aus Drittländern –, müssen die afrikanischen Länder die Rahmenbedingungen weiter verbessern und Handelserleichterungen realisieren. Auch hier kann die Europäische der Afrikanischen Union unterstützend zur Seite stehen. Eine vollständig umgesetzte AfCFTA wäre nicht nur ein Meilenstein für Afrika, sondern könnte auch die Tür zu einem ganz neuen Kapitel der Beziehungen zwischen Afrika und Europa öffnen.

LINK

World Economic Forum (WEF), 2021: 6 reasons why Africa's new free trade area is a global game changer

<https://www.weforum.org/agenda/2021/02/afcfta-africa-free-trade-global-game-changer>



CHRISTOPH KANNENGIESSER ist Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft e.V.

post@afrikaverein.de
www.afrikaverein.de

Klimakrise

2021 gilt als entscheidendes Jahr für den Klimaschutz. Im Vorfeld der Weltklimakonferenz COP26 im November müssen die Vertragsstaaten des Pariser Abkommens ihre nationalen Beiträge nachschärfen. Bisher reichen sie bei weitem nicht aus, um die Vereinbarungen von vor sechs Jahren zu erfüllen. Nötig wäre, dass alle Länder zügig auf Klimaneutralität hinarbeiten. Zudem

brauchen arme Länder und solche, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, mehr Unterstützung.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem 13. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Maßnahmen zum Klimaschutz. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.



Climate protest in Johannesburg, South Africa, in 2019.

SIDS

„Eine Frage von Leben und Tod“

Kleine Inselstaaten wie Mauritius leiden unter verheerenden Folgen des Klimawandels – und das Schlimmste steht erst noch bevor. Kavydass Ramano, Mauritius' Minister für Umwelt und Klimawandel, ruft die Industrieländer auf, ihre Zusagen im Rahmen des Pariser Vertrags zu erfüllen, und betont, dass es keine Zeit mehr zu verlieren gibt.

Kavydass Ramano im Interview mit Katja Dombrowski

Mauritius ist ein Kleines Inselentwicklungsland (Small Island Developing State – SIDS) und als solches besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Inwieweit ist Mauritius jetzt schon betroffen?

Mauritius gehört in der Tat zu den Ländern, die in besonderem Maße vom Klimawandel bedroht sind. Auch das Risiko von Naturkatastrophen ist hoch, denn unser Inselstaat liegt in einem Gebiet, in dem tropische Wirbelstürme auftreten. Wir sind auf vielfältige Weise betroffen. Der Meeresspiegel steigt zum Beispiel an der Hauptinsel um 5,6 Millimeter (mm) pro Jahr und an der zweitgröß-

ten Insel Rodrigues um 9 mm pro Jahr. Der globale Durchschnitt beträgt 3,3 mm. Der Meeresspiegelanstieg setzt unseren Stränden zu, die die Grundlage des Tourismus sind – der wiederum ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. An manchen Stellen haben die Strände in den vergangenen zehn Jahren 20 Meter Breite verloren. Die Häufigkeit von Stürmen, die Zyklonstärke erreichen, hat zugenommen. Und laut einer Studie der US National Academy of Sciences wird die Wahrscheinlichkeit eines tropischen Wirbelsturms im südlichen Indischen Ozean alle zehn Jahre um 18 Prozent steigen. Wir erleben auch immer häufigere und heftigere Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft, Ökosysteme und Lebensgrundlagen.

Was sind denn die größten Gefahren, denen Ihr Land in nächster Zukunft ausgesetzt sein wird?

Die Prognosen für Mauritius sind düster. Aufgrund von weniger Regenfällen und mehr Evapotranspiration könnte die land-

wirtschaftliche Produktion bis 2050 um 15 bis 25 Prozent einbrechen. Mit 10 bis 20 Prozent weniger Regen und einem Temperaturanstieg von zwei Grad Celsius würde der Zuckerertrag um die Hälfte bis zwei Drittel zurückgehen. Mauritius' Sektorstrategieplan für den Tourismus sagt voraus, dass mehr als die Hälfte der Strände in den kommenden 50 Jahren verlorengehen wird. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme und Sturzfluten treffen Mauritius voraussichtlich immer häufiger und stärker.

Was tun Sie auf nationaler Ebene für Klimaschutz und -anpassung?

Der Klimawandel hat hohe Priorität für die Regierung. Wir wollen resilient gegenüber dem Klimawandel werden und werden nichts unversucht lassen, um unsere Anpassungs- und Minderungsziele zu erreichen. Wir erfüllen die Verpflichtungen im Rahmen aller multilateralen Abkommen, die das Klima betreffen. Seit der Verabschiedung des Pariser Vertrags 2015 haben wir auf nationaler Ebene beträchtliche Ressourcen mobilisiert. Innerhalb dieser fünf Jahre haben wir um die 6 Milliarden Rupien (Rs) (umgerechnet rund 124 Millionen Euro) für unsere Klimaschutzagenda ausgegeben. 2018 hat die Regierung den Nationalen Umweltfonds mit rund 2 Milliarden Rs (41 Millionen Euro) aufgestockt, unter anderem für Maßnahmen, die vor den Folgen von Überschwemmungen schützen, für die Wiederherstellung zerstörter Küsten und für die Abfallwirtschaft. Mauritius gibt rund zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (um die 220 Millionen Euro im Jahr) für Umwelt- und Klimaschutz aus. Im Moment sind wir dabei, die Ziele in unserem nationalen Beitrag (Nationally Determined Contribution – NDC) zum Pariser Vertrag zu verschärfen.

In vielen Ländern, darunter Deutschland, hat die Corona-Krise – mit ihren starken Beeinträchtigungen der Wirtschaft – dazu beigetragen, nationale Emissionsminderungsziele zu erreichen. War das auch in Mauritius der Fall?

Der Covid-19-Ausbruch hat die Verwobenheit von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft deutlicher gemacht als je zuvor. Während die Pandemie verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen hatte, hat die Umwelt stellenweise profitiert. Laut dem staatlichen Umweltlabor ging die Feinstaubkonzentration (PM10) in Mauritius



Mauritius verliert seine Strände wegen Erosion, wie hier in Belle Mare an der Ostküste.

während der Ausgangssperren 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 52 Prozent zurück und die Konzentration von Stickstoffdioxid sogar um 78,5 Prozent. Beide stammen hauptsächlich aus Fahrzeugen. Die Treibhausgasemissionen für 2020 werden derzeit noch zusammengetragen, aber wir gehen auch hier von einem Rückgang aus. Mauritius war von März bis Mai 2020 im ersten Lockdown und befindet sich seit diesem März im zweiten.

Was muss die internationale Gemeinschaft für den Schutz der Menschen in den SIDS tun?

Die Klimawissenschaftler sind sich einig: Die Welt steuert auf einen Temperaturanstieg von drei Grad zu, der katastrophale Konsequenzen für Millionen Menschen hätte. Die SIDS und Afrika sind in besonderem Maße betroffen. Der Weltklimarat IPCC hat in seinem Fünften Sachstandsbericht von 2014 auf die besondere Verwundbarkeit kleiner Inselstaaten hingewiesen. Die Verletzlichkeit rührt vor allem aus:

- dem Risiko des Verlusts von Lebensgrundlagen der Küstenbevölkerung,
- systemischen Risiken im Zusammenhang mit Extremwetterereignissen, die zum Ausfall kritischer Dienstleistungen wie der Gesundheitsversorgung führen können, und
- Risiken für die Ernährungssicherheit, weil Meeres- und Küstenökosysteme verlorengelangen.

2018 veröffentlichte der IPCC seinen Sonderbericht zur globalen Erwärmung von 1,5 Grad. Demnach kommen auf die Menschen und Ökosysteme in SIDS mit die gravierendsten Folgen zu. Mauritius hat mit mehreren limitierenden Faktoren zu kämpfen: Unsere Landmasse ist klein, wir haben keine Skalenvorteile, müssen aber riesige Investitionen schultern, um den Energiesektor hin zu erneuerbaren Quellen umzubauen. Paradoxerweise tragen ausgerechnet die SIDS die geringste Verantwortung für den Klimawandel: Zusammen stoßen wir nur ein Prozent der globalen Treibhausgase aus. Es ist unabdingbar, dass SIDS und Entwicklungsländern in Afrika wichtige Elemente des Pariser Vertrags wie finanzielle Unterstützung, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau gewährt werden. Wir rufen die Industrieländer außerdem dazu auf, ihre Minderungsziele zu erhöhen, entsprechend zu handeln und SIDS und afrika-



Der Bau einer Stadtbahn ist eine der Maßnahmen, mit denen Mauritius seine Emissionen senken will. Metro-Express-Bau-stelle in der Hauptstadt Port Louis.

nischen Ländern verlässliche Finanzierung zukommen zu lassen.

Was erwarten Sie von der diesjährigen Weltklimakonferenz (COP26) in Glasgow?

Hoffentlich kann die COP trotz der Covid-19-Pandemie wie geplant stattfinden, denn die Fertigstellung und Verabschiedung des Regelwerks für die Umsetzung des Pariser Vertrags ist sehr dringend. Der Gipfel war bereits um ein Jahr verschoben worden, und es gibt keine Zeit mehr zu verlieren. Wir hoffen, dass zu dieser wichtigen Phase der Verhandlungen alle Vertragsparteien anwesend sein werden und dass wir es gemeinsam schaffen, wesentliche Punkte zu klären und die globale Klimaschutzagenda voranzutreiben. Mauritius vertritt die Standpunkte der Africa Group of Negotiators (AGN), der Alliance of Small Island States (AOSIS) und der G77 plus China (Gruppe der Entwicklungsländer). Wichtige Positionen sind:

- Wir fordern die Industrieländer auf, ihre Minderungsanstrengungen zu verstärken und Unterstützung in Form von Technologieentwicklung und -transfer sowie Kapazitätsaufbau zu gewähren.
- Berechenbare Finanzierung ist unerlässlich für SIDS und afrikanische Länder. Wir brauchen neue globale Finanzierungsziele und ein robustes Finanzierungsnetzwerk. Das wird auch die globalen Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel signifikant voranbringen.
- Die reichen Länder müssen ihrer Zusage nachkommen, 100 Milliarden Dollar pro Jahr für die Unterstützung von Entwicklungsländern zu mobilisieren, damit diese ihre Klimaziele erreichen können.
- Die Industrieländer sollten ihre Emissionsminderungsziele erhöhen und Netto-

null-Treibhausgasemissionen bis 2050 erreichen. Bis 2030 sollten sie sich zu einer Reduzierung um 45 Prozent bekennen.

Mauritius unterstützt Bestrebungen, Schäden und Verluste durch den Klimawandel auf umfassende und kohärente Weise anzugehen. Entwicklungsländer wie SIDS und afrikanische Länder sollten vorrangigen Zugang zu Unterstützung durch Institutionen wie den Green Climate Fund und den Adaptation Fund erhalten. Zudem sollten die Verfahren einfacher gestaltet werden.

2021 gilt als entscheidendes Jahr, um die Pariser Ziele zu erreichen. Warum?

Dieses Jahr ist entscheidend, weil es den Beginn der Operationalisierungsphase des Pariser Vertrags markiert. Fünf Jahre nach der Verabschiedung haben wir den Meilenstein erreicht, an dem die Parteien ihre NDCs aktualisieren müssen. Wir erleben immer schlimmere Folgen des Klimawandels, er geht schneller vonstatten, als wir uns anpassen können. Für viele Menschen, Regionen und sogar Länder ist es schon jetzt eine Frage von Leben und Tod. 2020 war das heißeste Jahr, und bei diesem Tempo ist es wahrscheinlich, dass die 1,5-Grad-Grenze schon 2024 erreicht wird. Wir müssen schnell handeln. Wir können – und müssen – einen grünen Wiederaufbau betreiben, um die Corona-Krise zu bewältigen und zugleich die Erderhitzung zu begrenzen.



KAVYDASS RAMANO
ist Mauritius' Minister für Umwelt, Abfallwirtschaft und Klimawandel.
<https://environment.govmu.org/Pages/Index.aspx#en>

[org/Pages/Index.aspx#en](https://environment.govmu.org/Pages/Index.aspx#en)

Zweigleisiger Ansatz

Kleinbauern in Afrika haben mit vielen Risiken zu kämpfen – manche davon hängen mit dem Klimawandel zusammen. Spezifische Wettervorhersagen und Ernteversicherungen können helfen, Verluste zu verringern und die Ernährungssicherheit zu verbessern. Beides zu verbinden ist besonders sinnvoll.

Von Till Below und Nkumbu Nalwimba

Dürren, Stürme und Überschwemmungen stellen eine Bedrohung für Bauern auf der ganzen Welt dar. Doch die Schäden, die dadurch entstehen, lassen sich durch genaue Wettervorhersagen verringern. Wenn Landwirte vorgewarnt sind, können sie entsprechende Maßnahmen ergreifen.

In den Industrieländern sind auf die Landwirtschaft zugeschnittene Wetterprognosen Standard. Sie erhöhen die Resilienz, da sie den Bauern ermöglichen, bessere Entscheidungen zu treffen. In armen Ländern stellt sich die Lage anders dar: Während Europa pro Kopf und Jahr etwa 16 Dollar für Wetterdienste ausgibt, sind es in Afrika nur zwei Dollar. Somit sind Wettervorhersagen dort oft weniger genau, aktuell und nützlich.

Gleichzeitig können Ernteversicherungen dazu beitragen, finanzielle Risiken zu verringern. Ein wichtiges Instrument sind sogenannte Wetterindex-Versicherungen. Dabei hängt die Auszahlung von vorher

festgelegten Wetterdaten ab. Für Entwicklungsländer ist dieser Ansatz besonders geeignet, denn er erfordert weit weniger Aufwand als Versicherungen, die an tatsächlich entstandene Schäden gebunden sind, die vor Ort dokumentiert und überprüft werden müssen.

In Industrieländern sind verschiedene Arten von Versicherungen verbreitet, die Landwirte gegen Verluste durch Naturkatastrophen absichern. In den USA sind beispielsweise mehr als 80 Prozent der großen Getreideanbaugenden versichert. Im Unterschied dazu haben Kleinbauern in Entwicklungsländern in der Regel keine Versicherung.

UNTERSCHIEDLICHE INSTRUMENTE

Klimadienstleistungen und Versicherungen sind zwei unterschiedliche Instrumente. Beide helfen Bauern dabei, besser mit den zunehmenden Risiken durch immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse klarzukommen. Klimadienstleister erheben nicht nur relevante Daten, sie sorgen auch für ihre gezielte Verbreitung. Versicherungen hingegen schützen Einzelpersonen, kleine Unternehmen oder auch ganze Länder vor Verlusten. Deshalb ruft die Globale Kommission für Anpassung – eine 2018 gegründete Initiative von 23 Ländern, dar-

unter Deutschland – Regierungen und die Privatwirtschaft auf, sowohl Klimadienstleistungen auszuweiten als auch Klimarisikoversicherungen für Kleinbauern zu erproben.

Wetterindex-Versicherungen sind für Entwicklungsländer eine gute Option. Die Versicherung zahlt, wenn beispielsweise die Niederschläge in einem bestimmten Zeitraum unterhalb einer vorab festgelegten Menge bleiben – oder wenn sie über einen Maximalwert hinausgehen. Ähnliche Indexe können für Stürme, Hitzewellen und anderes festgelegt werden. Die Auszahlungen werden automatisch veranlasst, sobald lokale Wetterstationen oder Wettersatelliten melden, dass der Grenzwert überschritten ist.

Dass Bauern ihre Ernteauffälle gegenüber der Versicherung nicht nachweisen müssen, ist ein wichtiger Faktor. Das hält Aufwand und Kosten auf beiden Seiten klein, und das Geld kann schneller ausgezahlt werden. Auch die Versicherungsprämien sind dadurch niedriger.

Indexversicherungen haben aber auch Nachteile. Beispielsweise können die tatsächlichen Schäden höher oder niedriger sein als die Auszahlungen. Das passiert etwa, wenn auf der versicherten landwirtschaftlichen Fläche mehr oder weniger Regen fällt als im regionalen Mittel. Zudem schützt die Versicherung nicht vor Schäden, die andere Ursachen haben.

„Bauern haben es in der Regel mit vielfältigen Risiken zu tun“, sagt Claudia Ringler vom International Food Policy Research Institute (IFPRI). Dazu gehören Schädlinge, Preissteigerungen bei Produktionsmitteln, gesundheitliche Probleme oder Todesfälle in der Familie. Versicherungen decken aber nur klar eingegrenzte Wetterereignisse ab. Ringler zufolge müssen Indexversicherungen mit Risikomanagement auf anderen Ebenen verknüpft werden.

In einem ersten Schritt wäre es sinnvoll, die Verbreitung von Wetterindex-Versicherungen mit besseren Wetterinformationen zu verbinden. Die beiden Ansätze sind von gegenseitigem Nutzen. Je besser sie die Wetterrisiken verstehen, desto eher sind Bauern gewillt, Ernteversicherungen abzuschließen. Gleichzeitig hilft es ihnen, auf Wetterrisiken adäquat zu reagieren – was die Wahrscheinlichkeit von Verlusten verringert und langfristig zu niedrigeren Versicherungsprämien führt. Diese können sich wiederum mehr Kleinbauern leisten.



Kleinbauern in Chibisa, einem Dorf in Sambia.

Sambias Regierung arbeitet – zusammen mit Unternehmern und Gebern – daran, Klimarisikoversicherungen und Klimadienstleistungen stärker zu verbinden. In Sambia gibt es rund 1,5 Millionen Kleinbauern, die regenabhängige Landwirtschaft betreiben. Der Klimawandel verringert ihre Erträge und erhöht ihre Verluste, die nach der Ernte auftreten.

Der sambische Wetterdienst hat es sich zum Ziel gesetzt, verlässlichere Klima- und Wetterinformationen bereitzustellen. Allerdings legt die nationale Klimapolitik keinen Schwerpunkt auf Meteorologie, und das Netz der Wetterstationen ist auch nicht dicht genug, um alles abzudecken.

„Derzeit haben wir im ganzen Land rund 41 manuell betriebene Wetterstationen und 107 automatische“, sagt Micah Namukoko vom sambischen Wetterdienst. Das reiche nicht aus. „Wir bräuchten eine manuelle Station in jedem der 117 Distrikte und

eine automatische in jedem unserer mehr als 1800 landwirtschaftlichen Gebiete“, betont die Meteorologin.

Wetterindexbasierte Versicherungen für Kleinbauern sind in Sambia noch relativ neu. Mangelndes Technisches Know-how und fehlende Monitoringsysteme sind große Herausforderungen. Außerdem gibt es nicht genügend Programme, um die Bauern über Ernteversicherungen zu informieren. Es würden mehr Versicherungen abgeschlossen werden, wenn mehr Landwirte über sie Bescheid wüssten und wenn die Versicherungen besser auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten wären.

Das Projekt CRIIZ (Climate Risk Insurance and Information in Zambia) zielt darauf ab, Klimadienste und Ernteversicherungen stärker miteinander zu verbinden. Es wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der

Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzt. In Zusammenarbeit mit Sambias Landwirtschaftsministerium und anderen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Partnern will CRIIZ den Zugang von 100 000 Bauern zu Informationen über Klimarisiken verbessern sowie 30 000 Bauern eine Versicherung gegen Klimarisiken verschaffen.

Das Projekt legt besonderen Wert auf die Einbeziehung des Privatsektors. Beispielsweise unterstützte es in der vergangenen Anbauperiode Agrarunternehmen dabei, mehrere tausend Bauern mit einer Klimarisikoversicherung auszustatten. Die Hoffnung ist, mit zunehmender Anzahl solcher privatwirtschaftlicher Lösungen ein nachhaltiges System für wetterbasierte Indexversicherungen für Landwirte aufbauen zu können.

Community Markets for Conservation (COMACO) ist ein Beispiel für eine sambische Firma, die ihre Anfälligkeit für Kli-

Auf den Regen warten – und auf Beratung

Elinat Daka hat einen Bauernhof in Chipangali in Sambias Ostprovinz. Sie betreibt konservierende Landwirtschaft – ein System, das die Bodenbeschaffenheit und die Biodiversität im Boden erhält. Ihre Anbaumethoden zielen auf die Speicherung von Feuchtigkeit und Abwechslung in der Fruchtfolge ab, sie betreibt Agroförstwirtschaft und verwendet organischen Dünger.

Daka baut Erdnüsse, Sojabohnen, Mais, Sonnenblumen, Augenbohnen und Gemüse an. Nach eigenen Angaben erzielt sie ähnliche Erträge wie in der konventionellen Landwirtschaft. Zur konservierenden Landwirtschaft hat sie ihre Zusammenarbeit mit den Sozialunternehmen Community Markets for Conservation (COMACO) (siehe Haupttext) motiviert.

Allerdings ist der Anbau vom Regen abhängig und unterliegt hohen Wetterrisiken. Dürreperioden und verspätet einsetzende Niederschläge führen häufig zu hohen Ernteaussfällen, das gilt vor allem für Erdnüsse und Sojabohnen. „Letztes Jahr hatten wir nicht genügend Einnahmen aus den Erdnüssen, weil die Pflanzen vom Rosetten-Virus befallen waren“, erzählt Daka. Das Virus wird von Blattläusen übertragen. Wenn die Pflanzen in einem frühen Stadium infiziert werden, können sie nicht gerettet werden und tragen keine Früchte.

Die beste Prävention besteht darin, die Pflanzen auszusäen, sobald der Boden feucht genug ist. Die Bauern lesen den Beginn der Regenzeit an verschiedenen Zeichen ab:



Elinat Daka auf ihrem Feld.

der Verbreitung von Tausendfüßlern, dem Ausschlagen bestimmter Baumarten oder dem Auftauchen von Spinnennetzen, in denen Tau hängt. Zusätzlich erhalten sie Wettervorhersagen über das Radio oder Apps. COMACO stellt ebenfalls Wetterinformationen bereit.

Die Vorhersagen sind hilfreich, aber nicht ausreichend. „Sie kommen nur sporadisch“, sagt Daka. Sie würde regelmäßige Vorhersagen be-

vorzuzug, möglichst täglich und zu Beginn jeder Regenzeit. Außerdem wären spezifische Ratschläge je nach Wetterentwicklung hilfreich: „Sie sollten mich nicht nur über Regenfälle informieren, sondern mir auch sagen, dass ich spätreifende Sorten säen soll, wenn guter Regen zu erwarten ist. Wenn es nicht viel Regen gibt, sollten sie mir raten, frühe Sorten zu säen – anstatt lediglich eine Nachricht zu schicken, dass es viel oder wenig regnen wird.“

Am liebsten hätte Daka diese Informationen als Textnachricht direkt vom Dienstleister. Eine Übermittlung über die staatlichen Agrarberater hält sie für weniger zuverlässig.

Dina Mambwe und TB

DINA MAMBWE

lehrt Agrarwissenschaft, Landnutzung, Ernährungssicherheit und Klimawandel an der Copperbelt University in Sambia. Die beiden Co-Autoren vertreten hier ihre persönliche Sicht.

dina.mambwe@cbu.ac.zm

marisiken verringern will. Das Sozialunternehmen setzt sich für Artenschutz ein und bildet Kleinbauern in nachhaltiger Landwirtschaft weiter. Mit Hilfe des BMZ-Vorhabens „Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ konnte COMACO seit 2015 mehr als 130 000 Bauern unterstützen und 2020 einen Gewinn von 890 000 Dollar erzielen (siehe Kasten, S. 21).

COMACO kauft landwirtschaftliche Produkte wie Erdnüsse und Sojabohnen, verarbeitet sie und verkauft die so entstandenen höherwertigen Lebensmittel in ganz Sambia. In jüngerer Zeit führten Wetterextreme allerdings zu großen Ernteeinbußen, besonders bei Erdnüssen. Das führte zu einem gesteigerten Interesse der Firma an besseren Wettervorhersagen.

Grundlegend sowohl für die Bereitstellung maßgeschneiderter Wetterinformationen als auch für effektive Klimaversicherungsprodukte ist es, die Bedürfnisse der Bauern genau zu kennen. Doch in Sambia gibt es keinen guten Mechanismus, um sie einzubeziehen. Um dieses Manko



Bei Erdnüssen gab es in Sambia große Ernteaussfälle.

zu beheben, führt CRIIZ Befragungen von Erdnuss- und Milchbauern in der Ost- und der Südprovinz Sambias durch. Ziel ist es, herauszufinden, welche Informationen die Bauern brauchen, um ihre Praxis besser anpassen zu können. Die Untersuchung nutzt das Evaluierungssystem Participatory Integrated Climate Services for Agriculture

(PICSA), das laut Peter Dorward, der an der Universität Reading lehrt und an der Entwicklung des Systems beteiligt war, bereits gute Ergebnisse in 20 Ländern gebracht hat.

Angesichts der globalen Klimakrise ist es sinnvoll, spezifische Wetterinformationen und maßgeschneiderte wetterbasierte Ernteversicherungen zusammenzubringen – und zwar nicht nur in Sambia.



TILL BELOW
arbeitet für die GIZ im Projekt Climate Risk Insurance and Information in Zambia (CRIIZ).

till.below@giz.de



NKUMBU NALWIMBA
arbeitet im sambischen Landwirtschaftsministerium in der Abteilung Agribusiness und Marketing. Die beiden

Co-Autoren vertreten hier ihre persönliche Sicht.

nkumbu.nalwimba@agriculture.gov.zm

MULTILATERALE POLITIK

„Neu und besser aufbauen“

Vor dem Klimagipfel in Glasgow im November erläutert UNDP-Administrator Achim Steiner Hans Dembowski im Gespräch, welche Fortschritte es beim Übergang zur Nachhaltigkeit gibt. Er sieht in turbulenten Zeiten Gründe für Hoffnung.

Achim Steiner im Interview mit Hans Dembowski

2010 sagten Sie mir in einem E+Z/D+C-Interview, Handeln zum Schutz von Klima und biologischer Vielfalt sei dringend geboten. Heute ist die Lage schlechter als damals – was folgt daraus?

Es bedeutet, dass wir nicht schnell genug vorankommen, obwohl es echte Fortschritte gibt. Manche Erfolge wären uns 2010 noch fast unmöglich erschienen. Die Spitzenpolitiker aller großen Volkswirtschaften haben inzwischen Termine benannt – oder erwä-

gen sie –, bis wann sie Klimagasemissionen netto beenden wollen. Einige der wichtigsten Luftverschmutzter nennen dafür das Jahr 2050. Ein Land wie Deutschland bezieht heute mehr als ein Drittel seines Stroms aus erneuerbaren Quellen. Diese Quote war vor zehn Jahren noch Science-Fiction. Die Menschheit hat ernsthaft begonnen, das Wirtschaftswachstum vom CO₂-Ausstoß abzukoppeln. Wir müssen aber ehrgeiziger und viel schneller werden.

Wie sieht es mit der Biodiversität aus?

Leider haben wir, was den Schwund von Lebensräumen und Arten angeht, weniger erreicht. Das liegt mit an der Komplexität dieses Themas, bei dem lokale Besonderheiten sehr wichtig sind. Das macht es schwerer, globale Politik-Konzepte zu formulieren. Zudem bewerten unsere derzeitigen Wirtschaftssysteme den Verlust von Biodiver-

sität nicht finanziell. Wenig überraschend wird sie folglich nicht als öffentliches Gut, sondern als frei verfügbar wahrgenommen. Solange sich das nicht ändert, werden wir keine signifikante Trendwende sehen. Positiv ist aber, dass wir voraussichtlich für den Schutz von Biodiversität und Ökosystemen nützliche Lehren aus klimapolitischen Erfolgen ziehen können.

Im Zuge der Covid-19-Pandemie sind die CO₂-Emissionen zurückgegangen. Ist das ein langfristiger Effekt?

Wir dürfen sicherlich nicht erwarten, dass sich ein neues Emissionsgleichgewicht nach der Pandemie quasi automatisch einstellt. Eine Lehre aus der Finanzkrise von 2008 ist, dass Volkswirtschaften schnell wieder Fahrt aufgenommen haben. Die Aktienmärkte legten zu, und das Wachstum ließ auch nicht lange auf sich warten. Dennoch hat die Krise tiefe und bleibende Spuren hinterlassen, was Schulden und wachsende Ungleichheit angeht. Diesmal müssen wir die unglaubliche Chance der Krise nutzen und nach der Pandemie neu und besser aufbauen. Der Green Deal der EU, die neuen Selbstverpflichtungen von USA, China, Japan,



„Rund 600 Millionen Afrikaner haben immer noch keinen Strom“: äthiopisches Dorf.

Korea und einer wachsenden Zahl von Ländern belegen das Interesse an einem grünen Aufschwung. Beunruhigend ist jedoch, dass das Economic-Recovery-Projekt der Universität Oxford und das UN-Umweltprogramm (UN Environment Programme – UNEP) bei der Prüfung der weltweiten Konjunkturprogramme festgestellt haben, dass bislang nur 18 Prozent der Fördermittel als „grün“ bezeichnet werden können. Das ist ein Warnsignal. Es gibt eine Tendenz, auf bekanntes Terrain zurückzukehren, anstatt mutig voranzuschreiten. Was jetzt geschieht, ist entscheidend. Wir müssen jetzt Länder dabei unterstützen, konsequent den Weg zu einer grüneren und nachhaltigeren Zukunft einzuschlagen.

Länder mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen haben viel geringere Finanzspielräume als reiche Nationen. Können sie denn neu und besser aufbauen?

Staatsverschuldung ist ein ernstes und wachsendes Problem. Sie untergräbt ökonomische Stabilität. Zugleich setzt sie Regierungen enge Grenzen bei Investitionen für einen grünen Post-Corona-Aufschwung. Zu Beginn der Pandemie hat die Gruppe der 20 führenden Volkswirtschaften (G20) wichtige Maßnahmen ergriffen und Entwicklungsländer ihren Schuldendienst aussetzen lassen. Das bringt aber nur temporäre Entlastung, keine grundlegende Problemlösung. Das UNDP hat in einer neuen Studie die Fi-

nanz- und Schuldsituation von rund 120 Ländern analysiert. Davon gelten 72 als „gefährdet“ und davon wiederum 19 als „stark gefährdet“. Für 23 der 72 Länder greifen die bestehenden Erleichterungen der G20-Initiative und des verwandten Common Framework nicht. Die Studie führt aus, dass die verschuldeten Entwicklungsländer stabilen Zugang zu kostengünstigen Finanzierungen brauchen und dass davor Schulden auch umstrukturiert werden müssen. Um den Schwung jahrzehntelanger Fortschritte im Kampf gegen die Armut wiederzugewinnen und richtig auf die Klimakrise zu reagieren, müssen Staatsausgaben mittel- und langfristig umgeleitet und effizienter werden, und zugleich müssen die Staatseinnahmen im Inland steigen.

Entwicklungsländer brauchen neue Infrastruktur in besonderem Maße.

Ja, und das ist vielfach eine doppelte Aufgabe:

- Erstens: Rund 600 Millionen Afrikaner haben immer noch keinen Strom. Das kann nicht so bleiben.
- Zweitens braucht Afrika eine klimakompatible, emissionsarme Infrastruktur.

Das wird enorme Vorteile bringen. Der Ausbau nachhaltiger und sauberer Energieversorgung wird viele neue grüne Jobs schaffen. Erwerbs- und Aufstiegschancen werden verbessert. Gefördert werden zudem Geschlechtergerechtigkeit, Frauen-

rechte und Gesundheit. Nötig sind also mutige Investitionsentscheidungen. Der geringe finanzpolitische Spielraum mit wachsenden Schuldenlasten macht es aber allen Entwicklungsländern schwer, jetzt die für die Transformation notwendigen Investitionsentscheidungen zu treffen. Wir arbeiten an einer globalen Reaktion auf die Covid-19-Krise, brauchen aber zugleich ein globales Konzept für die Finanzierung emissionsarmer Strategien in jedem Land.

Aber es ist doch klar, dass Regierungen sich vor allem für das Wohlergehen ihrer eigenen Volkswirtschaft interessieren.

Ja, in gewissem Umfang ist das selbstverständlich. Wir leben aber in einer vernetzten Weltwirtschaft, in der das Wohlergehen aller vom Austausch und der Zusammenarbeit mit anderen abhängt. Das gilt sogar für die größten Ökonomien: die USA, China und die EU. Es ist ein Irrglaube, es sei möglich, sich nur um die eigene Nation zu kümmern, weil die übrige Welt globale Probleme schon lösen werde. Die Klimakrise zeigt, dass das nicht geschieht. Jede Nation leidet, wenn die Umwelt instabil wird. Großenteils überlappen sich heute nationale und multilaterale Interessen, und pragmatische Politiker wissen das auch.

Dennoch wachsen seit einigen Jahren die Spannungen zwischen den USA und China. Nationalistische Neigungen sind auch in

anderen Ländern zu erkennen. Werden die Risiken des Klimawandels sich als ähnlich hilfreich erweisen, wie es die Gefahr der wechselseitigen atomaren Auslöschung im kalten Krieg war?

Den Regierungen in Washington und Moskau war damals immer klar, wie destruktiv ein Atomkrieg gewesen wäre. Ich gehe davon aus, dass sich der gesunde Menschenverstand auch jetzt durchsetzt. Joe Biden und Xi Jinping, die Präsidenten der USA und der Volksrepublik China, haben beide klar gezeigt, dass sie wissen, wie verheerend die Klimakrise eskalieren kann, wenn die Weltgemeinschaft nicht gemeinsam gegensteuert. Zurzeit schrumpft auch die Zahl der Klimaleugner an der Spitze von Staaten und Regierungen deutlich. Die Erfahrung des Pariser Klimagipfels zeigt jedenfalls, dass Washington und Peking mit Kooperation trotz großer Differenzen viel erreichen können. Wir leben in turbulenten Zeiten, es gibt aber Gründe, die Hoffnung nicht aufzugeben.

Lassen sich Umwelt- und Entwicklungspolitik überhaupt noch sinnvoll unterscheiden?

Nein, und das wissen wir spätestens seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992. Offiziell hieß er UN Conference on Environment and Development (UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung). Offensichtlich sind Wirtschaft, Gesellschaft und Natur keine unabhängigen Sphären. Was in einer passiert, wirkt sich auf die anderen aus – und deshalb ist Nachhaltigkeit auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht nötig. Laut Statistiken der Weltgesundheitsorganisa-

tion (World Health Organization – WHO) sterben beispielsweise jährlich 7 Millionen Menschen an Luftverschmutzung. Diese Luftverschmutzung ist vor allem auf die Nutzung fossiler Energie zurückzuführen. Das zeigt, dass Umwelt und menschliches Wohlergehen inhärent miteinander verknüpft sind.

Was tut das UNDP, um dieses Verständnis voranzubringen?

Wir tun unser Bestes, um über Nachhaltigkeit im Kontext der Agenda 2030 mit den 19 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) aufzuklären. Im aktuellen Human Development Report des UNDP gibt es zum ersten Mal eine Variante des Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index – HDI), der planetare Grenzen widerspiegelt. Der HDI bewertet in jedem Land Gesundheit, Bildung und Lebensstandard, und der neue Planetary-Pressures Adjusted HDI (PHDI) spiegelt darüber hinaus Klimagase und Ressourcenverbrauch wider. Er zeichnet ein weniger rosiges, aber realistischeres Bild unseres Fortschritts. Unter anderem fallen 50 Länder wegen ihres ökologischen Fußabdrucks aus der Kategorie „hohe menschliche Entwicklung“ heraus. Der PHDI ist eine wichtige Innovation, und das Echo darauf war vielversprechend – und zwar auch von Politikern und internationalen Institutionen.

Hat das UNDP in engerem Sinne mit Klimaverhandlung zu tun?

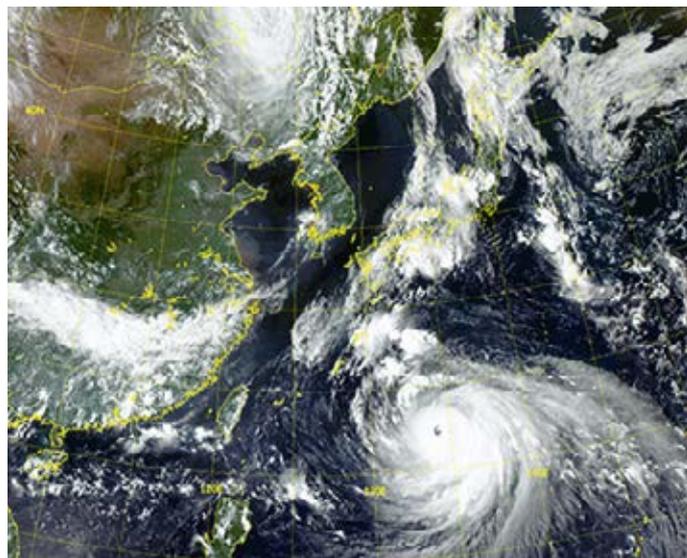
Ja, denn vor zwei Jahren haben wir unser Klimaversprechen (Climate Promise) ausgesprochen, und zwar, 100 Ländern dabei zu helfen, ihre nationalstaatlich bestimmten Beiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) zur Klimapolitik zu erneuern, deren regelmäßige Aufstockung das Pariser Klimaabkommen vorsieht. Wir unterstützen jetzt 118 Länder, damit ihre NDCs technisch solide werden, sie innovative Wege gehen und den neuen Ehrgeiz auch finanzieren können. Unser Climate Promise ist weltweit das größte Unterstützungsprogramm in diesem Kontext. Es geht um viel mehr als nur Emissionszahlen. Für stimmige NDCs brauchen Regierungen klare Konzepte und Pläne für Verkehr, Stromversorgung, Industrieentwicklung, soziale Sicherung und so weiter. Klimafragen durchdringen mittlerweile sämtliche Politikfelder. Es ist ganz einfach: Die Menschheit hat entweder eine klimaneutrale oder gar keine Zukunft. Das Bewusstsein dafür wächst.

Und deshalb interessieren sich auch Zentralbanken zunehmend für Klimafragen?

Genau, Zentralbanken spielen eine wachsende Rolle – unter anderem, weil sie sich zwei Trends stellen müssen. Die klar sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels bedeuten, dass die Notenbanken jetzt auf neue und wachsende Risiken achten müssen. Zugleich erkennen sie, was für ungeheure Chancen Investitionen in eine grüne, nachhaltige Zukunft bieten.

Es ist bemerkenswert, dass diese Debatte international läuft.

Ja, und das wichtigste Forum dafür ist vermutlich das Network for Greening the Financial System, dem alle wichtigen Notenbanken und Finanzregulierungsbehörden angehören. Es ist auch kein Zufall, dass der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank mit gutem Beispiel vorangehen, denn beide werden von Frauen geleitet, denen es wichtig ist, Finanzsysteme mit globalen Klimaanstrengungen vereinbar zu machen.



„Jede Nation leidet, wenn die Umwelt instabil wird“: Taifun Haishen am 4. September 2020.



ACHIM STEINER
leitet das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UN Development Programme – UNDP).

www.undp.org



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

Seite erstellen



👍 Gefällt mir 🗨️ Teilen 🗑️ Änderungen vorschlagen ... Mehr dazu 📧 Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
1. April um 12:31 · 🌐

Written communication is becoming ever more important. Anyone who is excluded cannot make full use of common digital devices, is unable to access vital information and deprived of options for making their views resonate. Find out more in our April e-Paper on „Literacy matters“:

- +++ Far too often, refugees are denied access to education
- +++ More media literacy would help to protect people from dangerous fake-news propaganda
- +++ Illiteracy perpetuates gender oppression in Pakistan, and digital literacy would be particularly empowering
- +++ How a WhatsApp bot is proving useful for teaching purposes during lockdown in Zimbabwe



DANCC EU

Community

Aus anzeigen

👍 217.786 Personen gefällt das

🔔 217.883 Personen haben das abonniert

Info

Aus anzeigen

📧 Kontaktiere D+C Development and Cooperation im Messenger

🌐 www.dandc.eu

📄 Zeitschrift

🔒 Seitentransparenz

Mehr anzeigen

Facebook möchte mit diesen Informationen transparenter machen, warum es bei dieser Seite geht. Hier erhältst du mehr zu den Personen, die die Seite besuchen und Beiträge darin posten.

🕒 Seite erstellt: 8. Januar 2014

Personen

>

217.786 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

👤 Naim Atarud

Partner des öffentlichen Lebens





Bahnliebhaber Biden in Pittsburgh im Wahlkampf 2020: Als Senator pendelte er 36 Jahre lang mit dem Zug von Delaware nach Washington.

USA

Neuer Klima-Ehrgeiz

US-Präsident Joe Biden beansprucht weltweit für sein Land wieder eine Führungsrolle. Er weiß, dass er Probleme lösen muss. Die Klimakrise nimmt er sehr ernst – und zwar innen- wie außenpolitisch.

Von Katie Cashman

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Donald Trump ist Biden kein Klimaleugner. Er erkennt den Forschungsstand an, dem zufolge menschliches Handeln die Ursache der globalen Erhitzung ist. Seit der industriellen Revolution sind die Temperaturen weltweit bereits um mehr als ein Grad gestiegen. Das Jahrzehnt 2010 bis 2019 war das wärmste, seit Messungen begannen. Um diese gefährliche Entwicklung zu stoppen, muss die Nutzung fossiler Energieträger beendet werden.

Die Uhr tickt. Der Konsens der Wissenschaftler lautet: Der CO₂-Ausstoß muss bis 2030 weltweit halbiert werden und dann 2050 netto null betragen.

Die USA gehören zu den wichtigsten Luftverschmutzern und haben ihre Emis-

sionen nur recht langsam reduziert. Unter Präsident Barack Obama gab es einige Fortschritte, aber die Trump-Jahre waren katastrophal. Er stieg aus dem Pariser Klimaabkommen aus, revidierte Maßnahmen seines Vorgängers und setzte sich für fossile Energie ein.

Biden will nun Schäden reparieren – und zwar nicht nur mit Blick auf die Umwelt. Ihm ist klar, dass nur Länder, die Probleme lösen, ernsthaft Weltführung beanspruchen können. Wie schlimm die Klimakrise ist, zeichnet sich dabei auch in Amerika selbst immer deutlicher ab: Verheerende Waldbrände im Westen der USA, Hochwasser in der Mitte und Wirbelstürme im Süden und Osten machen immer wieder Schlagzeilen.

Die Öffentlichkeit sieht aber noch andere Probleme. Dazu gehört die wachsende soziale und politische Spaltung der USA. Dass Trump-Unterstützer am 6. Januar das Kapitol stürmten, bleibt ein Menetekel. Der Biden-Regierung ist bewusst, dass ihr internationaler Einfluss umso größer wird, je besser sie solche Dinge in den Griff bekommt.

100 Tage nach Amtsantritt hatte Biden bereits drei riesige Politikpakete geschnürt: den American Rescue Plan im Wert von 1900 Milliarden Dollar, den American Jobs Plan (2200 Milliarden) und American Families Plan (1800 Milliarden). Der erste Plan bezieht sich vor allem auf Covid-19, enthält aber auch Infrastrukturausgaben. Der zweite soll mit dem Ausbau von Infrastruktur zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wobei Klimaschutz hohe Priorität hat (siehe Kasten nächste Seite). Der dritte hat kaum Klimarelevanz sondern soll durch die Förderung von Familien für größeren sozialen Ausgleich sorgen.

An seinem ersten Amtstag trat Biden per Regierungserlass dem Pariser Abkommen wieder bei und versprach, die Selbstverpflichtungen der USA in diesem Rahmen wie vorgesehen rechtzeitig vor dem nächsten Klimagipfel (26th Conference of Parties of United Nations Framework Convention on Climate Change – COP26) im November in Schottland aufzustocken. Seinen Fachleuten ist klar, dass China auf wichtigen Feldern wie erneuerbarer Energie oder dem Verkehrswesen Vorsprung hat. Die Volksrepublik hat beispielsweise ein weites Netz von Hochgeschwindigkeitszügen. In den USA gibt es nichts Vergleichbares.

Dem Biden-Team ist auch klar, dass Staatshandeln die Dinge in China vorangebracht hat, nicht ungebremste Marktdynamik. Kaum gelenkte Marktkräfte haben in den USA zudem in den vergangenen Jahrzehnten die Ungleichheit wachsen lassen, aber kaum dabei geholfen, die Corona-Pandemie einzugrenzen. Seit den 1990er Jahren fürchteten Präsidenten der Demokratischen Partei stets, sie könnten zu heftig in die Märkte eingreifen. Jetzt herrscht eher die Angst, nicht genug zu tun.

Biden nimmt die gesamte Bundesregierung in die Pflicht. 21 Ministerien und gleichrangige Behörden sind in die neue National Climate Task Force eingebunden. Zu deren Aufgaben gehört, Subventionen für fossile Energie auslaufen zu lassen und die Stromversorgung innerhalb von 15 Jahren emissionsfrei zu machen. An der Spitze der Task Force steht Gina McCarthy, die unter Obama die Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency) leitete.

Bidens Personalentscheidungen belegen, dass er es ernst meint. Der frühere Außenminister John Kerry ist jetzt Sonderbotschafter mit Kabinettsrang für das Klima.



Extreme Wetterlagen nehmen zu: Schneesturm am Golf von Mexiko.

zept passt zur amerikanischen Tradition, in Krisen zusammenzuarbeiten, und es würde auch für zusätzliche Beschäftigung nach der Pandemie sorgen.

Auch außenpolitisch hat die Biden-Regierung schnell die Initiative ergriffen. Kerry reiste im April nach China, und beide Seiten bekräftigten ihre Zusammenarbeit in der Klimapolitik. Ende April veranstaltete das Weiße Haus einen virtuellen Klimagipfel mit 40 Spitzenpolitikern aus aller Welt. Der Präsident nutzte den Anlass für das Versprechen, bis 2030 die Klimaemissionen im Vergleich zu 2005 zu halbieren. Das war ein Signal für andere Staatenlenker, ihrerseits mehr zu tun.

Für Nationalparks und andere Landnutzungsfragen ist Deb Haaland, eine indigene Frau, zuständig. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem, die Ölförderung auf bundeseigenem Territorium zu beenden. Beobachter beeindruckt die beruflich belegte Expertise von Bidens Spitzenleuten.

Zu seinen Plänen gehört die Gründung eines zivilen Klima-Freiwilligendienst-

tes (Civilian Climate Corps – CCC). Das Vorbild ist das Civilian Conservation Corps, das in den 1930er Jahren Teil von Franklin D. Roosevelts New Deal war. Das neue CCC könnte rund 200 000 junge Menschen dafür bezahlen, dass sie sich für öffentliches Land, Wasser und andere Ressourcen engagieren – zum Beispiel in den seit langem unterfinanzierten Nationalparks. Das Kon-



KATIE CASHMAN
ist Consultant mit Schwerpunkt nachhaltige Entwicklung. Sie hat unter anderem für die internationale zivilgesellschaftliche Organisation 2811 und UN Habitat (United Nations Human Settlements Programme) gearbeitet.
katie@2811.c1

Reaktion auf Klimakampagnen

Während des Wahlkampfs 2020 wurde Biden lange allzu geringer Klimaehrgeiz vorgeworfen. Das galt besonders im Vergleich zu seinem Mitbewerber Senator Bernie Sanders, der sich hinter die Forderung nach einem Green New Deal gestellt hatte. Dieses Schlagwort steht für Staatsausgaben im Wert von 16 000 Milliarden Dollar, um innerhalb von zehn Jahren 20 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Der Leitgedanke ist, mit dem ökologischen Umbau der Volkswirtschaft zusätzliche Beschäftigung und breiten Wohlstand zu schaffen.

Biden schien im Vergleich dazu zögerlich. Nachdem die Demokraten ihn aber zum Spitzenkandidaten gemacht hatten, hörte er zunehmend

auf Klimaaktivisten – auch auf Sanders und dessen Unterstützer. Er hat nicht alle Forderungen übernommen, sich aber klar in diese Richtung bewegt.

Viele Elemente seines American Jobs Plan (Ausgaben von zusätzlichen 2200 Milliarden Dollar in den nächsten acht Jahren) sind klimarelevant. Das gilt etwa für die Beendigung von fossiler Stromerzeugung in 15 Jahren, Investitionen in öffentliche Verkehrssysteme, die Förderung von e-Mobilität und dergleichen mehr. Auch soll der Aufwand für das Breitbandnetz sowie für Forschung und Entwicklung deutlich aufgestockt werden, was seinerseits für Klimapolitik hilfreich sein kann. Sinnvoll ist sicherlich

auch der geplante Ausbau von Krankenversorgung und Pflegesystemen, aber mit Blick auf den Treibhauseffekt dürfte das nicht allzu viel bewirken.

Die Wortwahl „American Jobs Plan“ zeigt, dass die neue Regierung Beschäftigungsfragen besonders betont. Klar ist aber auch, dass sie die Wirtschaft mit Klimaschutz und Klimaanpassung in Schwung bringen will. Grüne Investitionen sollen Jobs schaffen, und zwar besonders für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Zugleich wächst die Klimaresilienz der Gesellschaft insgesamt.

Nun ist der Gesetzgeber dran. Viele Details müssen noch ausgearbeitet werden. Positiv ist aber, dass die knappe Senatsmehrheit der Demokraten ausreichen dürfte. Normalerweise kann die Opposition im Senat alle Reformen stop-

pen, die nicht 60 von 100 Stimmen bekommen. Es gibt aber Ausnahmen, wenn Gesetzesvorhaben erhebliche Auswirkungen auf Staatseinnahmen und -ausgaben haben. Dann reicht nach den Regeln für „Budget Reconciliation“ auch eine einfache Mehrheit.

Vielsprechend ist obendrein, dass wichtige Interessengruppen zunehmend von fossiler Energie abrücken. Sogar die Bergarbeiter-Gewerkschaft United Mine Workers akzeptiert nun, dass der Abbau von Kohle beendet werden muss. Sie fordert Investitionen für den Strukturwandel in Kohlerevieren – beispielsweise im Feld erneuerbare Energie. Ihren Vorstellungen zufolge sollen entlassene Bergarbeiter weitergebildet und auf andere Weise gefördert werden. Derlei passt offensichtlich nahtlos in Bidens Konzept. KC

KLIMAFOLGEN

Wissenschaft ist wichtig

Wie der Klimaforscher Saleemul Huq aus Bangladesch in unserem Interview erläutert, wollen die Vertreter der besonders verwundbaren Länder beim Klimagipfel in Glasgow Fortschritte in drei Bereichen sehen: ehrgeizigere Emissionsreduktionen, die Erfüllung alter Finanzversprechen und Solidarität im Blick auf Klimaschäden.

Saleemul Huq im Interview mit Hans Dembowski

Bangladesch ist Klimarisiken besonders ausgesetzt. Was muss der Klimagipfel im Herbst erreichen?

Zuerst möchte ich sagen, dass Bangladesch zurzeit das Climate Vulnerable Forum (Forum der klima-verletzlichen Länder) mit etwa 50 Mitgliedern anführt. Unsere Regierung spricht also nicht nur für unser Land, sondern auch für andere. Es stimmt, dass Bangladesch Klimarisiken in besonders hohem Maß ausgesetzt ist, aber wir haben auch große Fortschritte bei der Anpassung daran gemacht. Unsere Deltalandschaft erlebt regelmäßig Hochwasser, und unsere

Küste ist Wirbelstürmen ausgesetzt. Das Frühwarnsystem ist aber viel besser geworden, weshalb Zyklon Amphan im Mai 2020 nur ein paar Dutzend Menschen tötete, während 3 Millionen Menschen rechtzeitig Sturmbunker aufsuchten. Zum Vergleich: 1991 tötete ein ähnlicher Zyklon rund 100 000 Menschen. Wir haben mit eigenem Geld einen Climate Trust Fund im Wert von 100 Millionen Euro eingerichtet. Etwa acht Prozent unseres nationalen Haushalts fließen in Klimaschutz und -anpassung. Staat und Zivilgesellschaft sind klimapolitisch engagiert. Zuletzt haben junge Leute bei Fridays for Future gegen neue Kohlekraftwerke protestiert, und die Regierung hat tatsächlich entsprechende Pläne gestrichen, setzt allerdings bereits begonnene Bauvorhaben fort. Die nationale Klimastrategie soll unser Land 2030 zu einem von denen machen, die dem Treibhauseffekt am besten widerstehen können.

Und was muss Glasgow aus Sicht des Climate Vulnerable Forum bringen?

Wir brauchen Fortschritte in drei Bereichen:

- ehrgeizigere Ziele für die Reduktion von Emissionen, und zwar besonders in Ländern mit hohem CO₂-Ausstoß, einschließlich der Schwellenländer,
- die Einhaltung alter Finanzausgaben und
- Konzepte für das umstrittene Thema Verluste und Schäden (loss and damages), weil die Folgen des Klimawandels immer verheerender werden.

Im Pariser Klimaabkommen hat die internationale Gemeinschaft vereinbart, den weltweiten Temperaturanstieg auf höchstens zwei Grad und wenn möglich auf nur 1,5 Grad zu begrenzen. Die großen Luftverschmutzer haben dem zugestimmt, nun müssen sie entsprechend handeln. Es ist klageworden, dass wir uns zwei Grad nicht leisten können. Weltweit sind die Temperaturen bereits um ein Grad gestiegen, und wir erleben Katastrophe auf Katastrophe: Waldbrände, Hitzewellen, Dürren, Hochwasser, Wirbelstürme, Schneestürme und so weiter. Um es ganz klar auszusprechen: 1,5 Grad zu überschreiten bedeutet Zerstörung und Tod. Unter dieser Schwelle zu bleiben mag schwierig sein – es ist aber möglich. Die Menschheit hat die nötige Technik, die nötigen Mittel und das nötige Geld dazu. Jetzt brauchen wir noch den politischen Willen.

Welche Finanzforderungen stehen im Raum?

Am wichtigsten ist es, dass die reichen Nationen bestehende Versprechen einhalten. Beim Klimagipfel in Kopenhagen sagten sie jährlich von 2020 an 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und -Anpassung zu. Das Versprechen erneuerten sie 2015 in Paris. Erfüllt haben sie es nicht. Tatsächlich flossen 2020 nur 70 Milliarden bis 80 Milliarden Dollar. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil diese Finanzströme nicht systematisch erfasst werden. Das Versprechen bezog sich auf sämtliche Posten – von Privatinvestitionen über Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) bis hin zu wohltätigen Spenden. Entsprechend schwer ist es, aussagekräftige Statistiken zu erstellen. Das Ausbleiben von versprochenem Geld enttäuscht Partner und unterhöhlt ihr Vertrauen. Die existierenden Daten besagen zudem, dass etwa 80 Prozent der ausgezahlten Mittel in den Klimaschutz geflossen sind. Schwellenländer mit hohen Emissionen haben also mehr Förderung bekommen als verletzte Entwicklungsländer mit ho-



Kauffrau vor den Ruinen ihres Ladens im Juni 2020: Zyklon Amphan zerstörte wirtschaftliche Existenzen ...

hem Klima-Anpassungsbedarf. Aus unserer Sicht muss mindestens die Hälfte des Geldes in Anpassung fließen. Jedenfalls muss Glasgow sicherstellen, dass 2021 tatsächlich 100 Milliarden fließen und dass das die ausstehenden Milliarden für 2020 auch noch ausbezahlt werden.

Obendrein fordern Sie vermutlich Schadenersatz für eingetretene Desaster?

Das würden wir tatsächlich gerne tun, aber wir dürfen es nicht. Die US-Delegation bestand 2015 in Paris darauf, dass Schadenersatz (liability and compensation) nicht auf die Tagesordnung kommt. Diesen Preis haben wir dafür bezahlt, dass der Punkt „losses and damages“ ins Abschlussdokument aufgenommen wurde. Das war sehr wichtig, denn mittlerweile war klar, dass die Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung nicht ausreichen, um Massen von Menschen wirksam vor verheerenden Klimafolgen zu schützen. Den Opfern steht Unterstützung zu – und auch das zeigt die Erfahrung mit Zyklon Amphan. Wir haben zwar die Todeszahlen dramatisch reduziert, aber der Sturm hat massenhaft wirtschaftliche Existenzen zerstört. Ganze Dörfer wurden vernichtet. Salzwasser überschwemmte Felder, auf denen Landwirtschaft nicht mehr möglich ist. Bauern verloren ihr Vieh, Fischer ihre Boote und Handwerker ihre Werkstätten. Die Landflucht in die Städte war immens, und viele Klimaflüchtlinge können immer noch nicht heimkehren.

Nach dem Verursacherprinzip wären Schadenersatzforderungen juristisch plausibel.

Ja, selbstverständlich, und Rechtsverfahren, in denen amerikanische Geschädigte wegen Klimafolgen Schadenersatz fordern, laufen in den USA auch schon. Die Klimaschäden nehmen weltweit zu. Wir müssen damit umgehen. Ich denke, wir können dieser Aufgabe ohne juristische Schadenersatzverfahren gerecht werden, wenn wir uns auf Solidarität besinnen. Entscheidend ist, anzuerkennen, dass es Opfer gibt und dass die Verursacher in der Verantwortung stehen, etwas zu tun. Wenn alle Parteien das einsehen, sind Lösungen möglich.

China ist mittlerweile der größte Emittent von Klimagasen weltweit, aber die Regierung in Peking tut gern so, als spreche sie für alle Entwicklungsländer. Wie beurteilen Sie die Rolle der Volksrepublik?



... aber viele Menschenleben wurden gerettet. Frauen auf dem Weg zum Sturmbunker am 20. Mai 2020.

China wird immer mehr zur Weltmacht und nicht nur zum Anführer von Entwicklungsländern. Donald Trump hat diese Entwicklung als US-Präsident in den vergangenen vier Jahren beschleunigt, und ich bezweifle, dass sein Nachfolger Joe Biden die alte Balance wiederherstellen kann. Die Katze ist aus dem Sack, und das Szenario ist zwiespältig. Positiv ist, dass China daheim erneuerbare Energien schnell ausgebaut hat. Negativ ist, dass es im Ausland weiter fossile Vorhaben gefördert hat. Manche aktuelle Entwicklungen beunruhigen – und zwar besonders die Unterdrückung der muslimischen Uiguren. Derweil ist China aber zu einem wichtigen, wenn nicht dem wichtigsten Partner für viele Entwicklungsländer geworden. Wenn Vorhaben im Rahmen seines Förderprogrammes BRI (Belt and Road Initiative – neue Seidenstraße) gut ausgeführt werden, werden sie sehr nützlich sein. Andernfalls werden sie aber immensen Schaden anrichten. Insgesamt neige ich aber zu Optimismus. In Klimaverhandlungen dürfte sich China als konstruktiver Partner erweisen.

Weshalb denken Sie das?

Es gibt zwei Gründe:

- Chinas Regierung ist pragmatisch. Sie weiß, dass die Preise für erneuerbare Energien fallen, während fossile Ressourcen ständig teurer werden. China hat zu diesem Trend mit Investitionen in Wind-, Solar- und Speichertechnik aktiv beigetragen. Der Aufwand bei der Suche nach neuen Öl- oder Gasfeldern steigt unterdessen ständig. Ökonomisch gesehen, sind Erneuerbare die bessere Wahl. China wird seine bestehende fossile Infrastruktur nicht sofort stilllegen,

aber es arbeitet zügig am Aufbau einer sauberen Infrastruktur.

- Die Volksrepublik ist ausgesprochen klimaverletzlich. Den Modellen zufolge werden bei steigenden Temperaturen Dürren die Reis- und Weizenernte zunehmend bedrohen. Chinas Spitzenpolitiker hören auf Wissenschaftler und wissen, dass für ihr Land eine um zwei Grad wärmere Zukunft sehr schlecht wäre.

In den vergangenen 18 Monaten hat die Corona-Pandemie international Aufmerksamkeit von der Klimakrise abgelenkt. Gibt es Lehren daraus?

Ich finde, die wichtigste Lehre ist, dass wissenschaftliche Erkenntnisse wichtig sind. Regierungen, die darauf achten, haben ihre Bevölkerungen großenteils vor dem Virus schützen können – mit Neuseeland als leuchtendem Beispiel. Regierungen, die auf den Rat von Forschern keinen Wert legten, haben dagegen ihre Bürger buchstäblich umgebracht – wofür Trump das offensichtlichste Beispiel ist. Seit vier Jahrzehnten klären Wissenschaftler Politiker über den Klimawandel auf. Letztere handelten dennoch zu langsam, um absehbare Schäden zu vermeiden. Es ist höchste Zeit, wissenschaftliche Evidenz zu akzeptieren und Partikularinteressen weniger Gehör zu schenken.



SALEEMUL HUQ
 leitet das International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) an der Independent University

Bangladesh (IUB) in Dhaka.
 saleemul.huq@icccad.org
 http://www.icccad.net/



**Gestiegene
Spritpreise führten
2019 zu Massenpro-
testen in Ecuador.**

DEKARBONISIERUNG

CO₂-Steuer für Umverteilung

Die Bepreisung von CO₂ ist ein vieldiskutiertes Instrument für Klimaschutz, das eine Reihe von Ländern bereits eingeführt haben. Experten halten es insbesondere für Entwicklungsländer für sinnvoll. Allerdings müssten die Armen vor negativen Folgen geschützt werden.

Von Katja Dombrowski

Nach Ansicht von Ottmar Edenhofer, dem Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), würde eine CO₂-Steuer Ländern niedrigen und mittleren Einkommens (Low- and Middle Income Countries – LMICs) in mehrerer Hinsicht nützen. Zum einen könne sie steigenden Treibhausgasemissionen entgegenwirken, indem Güter und Dienstleistungen teurer werden, die mit hohen Emissionen verbunden sind. Diese Lenkungswirkung sei in LMICs besonders wichtig, da diese der Haupttreiber des weltweit steigenden CO₂-Ausstoßes seien.

Gleichzeitig könne eine solche Steuer aber auch das – oft sehr niedrige – Gesamtsteueraufkommen erhöhen. „Das ist eine große Chance“, sagte Edenhofer auf der digitalen Konferenz „Climate risks and policies – Towards resilient low-carbon economies“ des Poverty Reduction, Equity and Growth Network (PEGNet) im März.

Die Einnahmen könnten für Investitionen in erneuerbare Energien verwendet werden, aber auch, um andere gesellschaftliche Ziele zu erreichen, etwa die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).

CO₂-Steuern in LMICs sollten möglichst progressiv sein, also reiche Menschen stärker belasten als arme. Oft ist das schon allein dadurch der Fall, dass Reiche mehr konsumieren, ihre Mobilität energieintensiver ist oder sie – im Gegensatz jedenfalls zu den ganz Armen – über Elektrogeräte wie Klimaanlage, Kühlschränke und Waschmaschinen verfügen. Zusätzlich sind aber laut Edenhofer Ausgleichsmechanismen nötig, damit arme Haushalte durch die CO₂-Bepreisung möglichst wenig belastet werden.

Die globale Transformation hin zu einer CO₂-neutralen Lebens- und Wirtschaftsweise könnte insgesamt deutlich gerechter gestaltet werden, wenn die Industrieländer die LMICs stärker unterstützen würden, argumentiert der Klimawissenschaftler. So könnten beispielsweise multilaterale Banken dafür sorgen, dass die Kapitalkosten sinken, die in vielen LMICs sehr hoch seien. Zinsen könnten laut Edenhofer subventioniert und andere finanzielle Anreize geschaffen werden. „Dabei müssen wir besonders die kohleabhängigen Länder in den Blick nehmen.“

Das sind vor allem asiatische Staaten, allen voran China und Indien, aber auch beispielsweise Südafrika. Edenhofer zufolge machen die kohleabhängigen Länder fast die Hälfte der Weltbevölkerung und auch der globalen Treibhausgasemissionen aus.

Wenn sämtliche Kohlekraftwerke in Betrieb gehen, die derzeit im Bau sind, werde das CO₂-Budget, das noch verbleibt, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, bereits überschritten. „Wir sind dann wesentlich näher an zwei Grad“, betont Edenhofer. Hoffnung mache, dass Kohle als Energieträger zunehmend unter Druck gerate, weil sie – etwa aufgrund von sinkenden Kosten der erneuerbaren Energien – immer weniger wettbewerbsfähig werde. Trotzdem passiere die Wende nicht von alleine. „Politische Maßnahmen sind nötig.“

MASSENPROTESTE

Dass eine Reform von Energiesubventionen auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung stoßen kann, zeigt das Beispiel Ecuador. Die Regierung zog ihren Vorstoß, Subventionen für fossile Brennstoffe abzubauen, zurück, nachdem die Proteste dagegen im Herbst 2019 in Gewalt eskaliert waren. Wissenschaftlern zufolge ist die Reform allerdings nicht aus inhaltlichen Gründen gescheitert, sondern an schlechter Kommunikation: Forscher des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) kamen in einer Studie zu dem Ergebnis, dass das Land sämtliche Energiesubventionen streichen und aus den Steuermehreinnahmen die Realeinkommen des ärmsten Fünftels der Haushalte um zehn Prozent steigern könnte. Es würde sogar noch Geld übrig bleiben.

Der wichtigste Schlüssel für den Erfolg liegt den Wissenschaftlern zufolge darin, die Verteilungseffekte zu verstehen und zu steuern. In Ländern wie dem Senegal und Ghana, die Energiesubventionen abgebaut haben, ohne für Umverteilung und Ausgleich zu sorgen, zeigten sich negative Wirkungen. Weil Diesel und Flüssiggas teurer wurden, stiegen vor allem arme Haushalte vermehrt auf Kohle oder Brennholz um, wie Jan Lay vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) auf der Konferenz ausführte. Jan Steckel vom MCC ergänzte, dass sich zwar im Durchschnitt die Armut durch die Reform nicht vergrößerte, die Ärmsten aber von Jobverlusten betrof-

fen waren und sogar ihre Essgewohnheiten veränderten, so dass sie weniger Kalorien zu sich nahmen.

Jörg Peters vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung – hält eine CO₂-Bepreisung generell nicht für das optimale Klimaschutzinstrument in Entwicklungsländern. Er argumentiert, dass nur ein kleiner Teil der Emissionen überhaupt betroffen wäre. So stammten beispielsweise in Subsahara-Afrika (ohne Südafrika) die meisten Emissionen aus veränderter Landnutzung. Dahinter folgten Energie und Landwirtschaft. Bepreist würde aber nur der CO₂-Ausstoß im Energiesektor. Zudem sei das Progressionskonzept für Entwick-

lungsländer nicht gut geeignet, denn ein Prozent des Einkommens einer reichen Person dort sei nicht vergleichbar mit einem Prozent des Einkommens einer armen Person. Es bestehe die Gefahr, dass sehr Arme durch eine CO₂-Steuer in der Armut gefangen blieben.

Cash-Transfers könnten laut Peters Abhilfe schaffen. Allerdings hänge ihre Effektivität stark von den institutionellen Kapazitäten ab – und die seien in Entwicklungsländern oft schlecht, die Gefahr, dass Geld versickere, bei den Eliten lande oder durch Korruption unterschlagen werde, entsprechend hoch. Der Wissenschaftler spricht sich dennoch nicht generell gegen

CO₂-Preise aus. Vielmehr dränge der Klimawandel zu schnellem Handeln, und da müssten viele Instrumente zugleich genutzt werden.

LINK

PEGNet-Konferenz: Climate risks and policies – Towards resilient low-carbon economies.
<https://www.pegnet.ifw-kiel.de/conferences/climate-risks-and-policies/>

KATJA DOMBROWSKI

ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Mehr Infektionskrankheiten

Der Klimawandel beeinträchtigt zunehmend die Gesundheit der Menschen. Dies gilt vor allem für Entwicklungsländer, da sie von Wetterveränderungen und Extremwetterereignissen besonders betroffen sind, eine schwache Gesundheitsinfrastruktur sowie geringe Wirtschaftskraft haben. Mit der Gesundheitslage in seinem Land beschäftigt sich Moses Kabangi, der im Gesundheitsministerium Ugandas für Hygiene und Sanitäreinrichtungen zuständig ist.

„Für uns ist der Gesundheitsschutz eine große Herausforderung“, erklärt er. In Uganda mache sich der Klimawandel bereits signifikant bemerkbar. Seit 1960 haben sich die jährlichen Durchschnittstemperaturen nach Angaben Kabangis um 1,3 Grad erhöht und werden sich den Vorhersagen nach bis 2030 auf zwei Grad erhöhen. In der Folge seien die Gletscher im Ruwenzori-Gebirge, dem dritthöchsten Gebirge Afrikas, seit 1987 bereits um mehr als die Hälfte verschwunden und würden weiter rapide schmelzen.

Die jährliche Niederschlagsmenge hat laut Kabangi um durchschnittlich 3,4 Millimeter pro Monat in einem Jahrzehnt abgenommen. Das bedeute, dass es vermehrt zu Überschwemmungen und Erdbeben kommen werde, was wiederum bestimmte Krankheiten fördere, erklärt der Experte.

In Uganda komme es wieder verstärkt zu Malaria, auch in bisher malariafreien Regionen wie in Höhenlagen. „Die Malaria verläuft auch tödlicher“, sagte Kabangi bei der Online-Konferenz des Poverty

Reduction, Equity and Growth Network (PEGNet) im März zum Thema „Climate risks and policies – Towards resilient low-carbon economies“. Ein Grund für das vermehrte Auftreten der Krankheit sind die gestiegenen Temperaturen, die das Wachstum der Malaria-Mücken fördern.

Vermehrte Mückenplage ist auch verantwortlich für den Anstieg der lymphatischen Filariose (LF), einer tropischen Erkrankung, die durch eine Infektion mit verschiedenen Arten von Fadenwürmern (Filarien) ausgelöst wird, die durch den Stich von Mücken auf den Menschen übertragen werden. LF wird in Uganda nach Schätzungen von

2000 bis 2050 um 17 Prozent ansteigen. Das Gesundheitsministerium rechnet auch mit einem Anstieg an Infektionskrankheiten wie Cholera und Typhus, die durch verunreinigtes Wasser verursacht werden.

Kabangi weist auch auf die Gefahr einer zunehmenden Mangelernährung der ärmsten Bevölkerungsgruppen hin, da sich die Ernte von Grundnahrungsmitteln durch die Wetterextreme verringere. Mangelernährung wiederum führt zu vielen Folgeerkrankungen (siehe Simone Welte in E+Z/D+C e-Paper 2020/11, Schwerpunkt).

Die Maßnahmen der Regierung zur Gesundheitsprävention sehen laut Kabangi wie folgt aus:

- Politisches Handeln: Integration von Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen in Gesundheitspolitik und allen betroffenen Politikfeldern
- Gemeinschaften involvieren und Kapazitäten vor Ort aufbauen
- Frühwarnsysteme zur Verhinderung von Naturkatastrophen aufbauen
- Förderung von erneuerbaren Energien wie Solar- und Wasserkraftanlagen

Sabine Balk



Flüchtlingskinder in Uganda werden auf Malaria getestet.

Zusammenarbeit für Klimapolitik

Im Kampf gegen den Klimawandel haben alle Regierungen der Welt eine Handlungsmöglichkeit: das Schaffen von Regeln, Möglichkeiten und Entscheidungskulturen, welche alle Regierungsebenen in die Pflicht nehmen, die Klimapolitik zu gestalten. Das Bundesumweltministerium hat dafür 2019 den Begriff Collaborative Climate Action (CCA) geprägt.

Von **Monika Zimmermann**

CCA ist die politisch gewollte und gut organisierte Zusammenarbeit von Regierungsebenen zur Erreichung definierter Klimaziele. Idealerweise geschieht das gemeinsam. Es ist gleichzeitig eine Voraussetzung für ambitioniertes Klimahandeln, weil nur so alle Potenziale ausgeschöpft werden können.

Das Prinzip erscheint unabdingbar, ist aber bei weitem nicht Standard – weder in Industrieländern, noch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Quer durch die Regionen der Welt gibt es nur wenige Beispiele, in denen sowohl per Gesetz als auch in der Realität alle Regierungsebenen eine anerkannte Rolle bei der Minderung von Treibhausgasen und der Anpassung an den Klimawandel spielen.

Die politische Relevanz der Nationalregierungen ist überall bekannt. Damit die

Zusammenarbeit der Ebenen ihre Stärke entfalten kann, gilt es vor allem, die subnationale Ebene, also die Städte und Regionen, aufzuwerten. Auch dies gehört zum Konzept der CCA.

Eine jüngst veröffentlichte Publikation der GIZ beschreibt, warum die Klimazusammenarbeit aller Regierungsebenen so wichtig ist und wie man sie erreichen kann, und dokumentiert auch Beispiele aus der ganzen Welt (siehe Kasten, S. 33). Sie zeigen, wie mehr Kooperation zwischen Nationalregierungen, Regionen und Kommunen erreicht werden kann.

Warum die gezielte Zusammenarbeit aller Regierungsebenen so wichtig ist, fasst der GIZ-Praxisbericht wie folgt zusammen:

- Wenn alle Regierungsebenen ihre Zuständigkeiten, Aufgaben, Budgets, Experten, Kontakte und Kooperationspartner einsetzen, erreichen sie gemeinsam mehr als jeder Akteur alleine.
- Sie verhindern gleichzeitig, widersprüchliche Anreize zu schaffen, und können erheblichen Aufwand – an Geld, Personal oder Zeit – sparen, indem sie sich gegenseitig fördern.
- Damit trägt CCA direkt zur Kohärenz der Klimapolitik bei – von der internationalen bis zur kommunalen Ebene, also dem Handeln vor Ort.

- Diese Zusammenarbeit ist vor allem wichtig für die Treibhausgas-minderungen in städtischen Gebieten, die zum einen besonders dringend, zum anderen aber auch besonders erfolgversprechend sind.

- Das Subsidiaritätsprinzip, das besagt, dass die Regulierungskompetenz immer „so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig“ angesiedelt sein sollte, ist auch für Klimapolitik ein außerordentlich sinnvoller Ansatz.

Während nationale und regionale Regierungen etwa 35 Prozent des Einsparpotenzials in Städten regeln und Kommunalregierungen etwa 28 Prozent verantworten, können die meisten Einsparmöglichkeiten (rund 37 Prozent) nur durch gemeinsame Aktivitäten aller Regierungsebenen realisiert werden. Das geht aus dem Bericht *Climate Emergency – Urban Opportunity* (2019) der globalen Initiative Coalition for urban transitions hervor und ist ein weiteres Argument für CCA.

Die GIZ-Veröffentlichung nennt auch Schritte und Aktionsformen für eine erfolgreiche CCA. Dazu gehören unter anderem die institutionalisierte Zusammenarbeit, gemeinsame regierungsebenenübergreifende Zielfindung und Planung, Verankerung von Klimapolitik auf allen Ebenen, gemeinsame Umsetzungsmaßnahmen, faktenbasiertes Nachprüfen, die Förderung des sub-nationalen Handelns durch Regierungen sowie das Lernen und Zusammenarbeiten über Landesgrenzen hinweg (siehe Grafik).

Natürlich ist auch die horizontale Zusammenarbeit, also diejenige zwischen Ministerien, Sektoren oder Themenfeldern, eine Voraussetzung für gelungene Klimapolitik. Das Gleiche gilt für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Forschung und der Medien.

Gerade die internationale Klimazusammenarbeit bietet vielfältige Chancen für eine Klimapolitik quer über Regierungsebenen hinweg. So verpflichtet der Pariser Vertrag alle Unterzeichnerstaaten dazu, sogenannte Nationale Klimabeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) einzureichen. Zu deren Erstellung müssen alle Regierungsebenen beitragen. Sie nennen ihre Ziele und die sich daraus ableitenden Aufgaben. Idealerweise bezieht sich ein NDC auf ein Monitoring- und Berichtssystem, in das alle Regierungsebenen ihre Daten einspeisen,



und bezieht die Frage ein, durch welche Mechanismen die Regierungsebenen zusammenarbeiten.

Neben den NDCs sollen auch langfristige Klimaschutzstrategien (Long-term Strategies – LTS) entwickelt werden, die aufzeigen, wie die einzelnen Länder ihre Volkswirtschaften bis Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral gestalten wollen. Auch hier bieten sich Möglichkeiten, dass Nationalregierungen, Regionen und Kommunen für sich selbst und dann gemeinsam ihre Strategien entwickeln.

Beiträge von Regionen zu solchen Strategien können Regelsetzung – im Rahmen ihrer Kompetenz –, Motivation, Stakeholder-Beteiligung und die Vernetzung „ihrer“ Kommunen sein. Sie können regionale Energie- und Klimaschutzagenturen aufbauen, Modellprojekte fördern und den systematischen Informationstransfer sicherstellen. Kommunen zeigen auf, wie sie ihre Zuständigkeiten zur Landnutzung, im Bauwesen, für Infrastruktur, Anpassung, Verkehrssysteme et

cetera einsetzen werden, um kohlenstoffarme oder -freie Entwicklungen zu ermöglichen.

Seit der ersten UN-Klimakonferenz 1995 in Berlin begleiten Kommunen und inzwischen auch Regionen diesen Prozess und zeigen dabei ihre Klimaschutzziele, -strategien und -aktivitäten auf. Organisiert durch die „Local Governments and Municipal Authorities (LGMA) Constituency“, haben sie für die kommende UN-Klimakonferenz (COP26) im November in Glasgow als Motto „COP aller Regierungsebenen“ vorgeschlagen. Schottland unterstützt diesen Vorstoß.

Immer mehr internationale Projekte, Deklarationen und Gremien basieren auf der Überzeugung, dass nur eine echte Zusammenarbeit der Regierungsebenen einen raschen und tiefgreifenden Wandel hin zur CO₂-Neutralität bewirken kann. Ende 2020 wurde dies auch in der Neuen Leipzig-Charta niedergelegt, welche die Stadtentwicklung der europäischen Länder leiten soll.

LINKS

Coalition for urban transitions, 2019: Climate emergency, urban opportunity.

<https://urbantransitions.global/wp-content/uploads/2019/09/Climate-Emergency-Urban-Opportunity-Priorities-for-National-Governments-FINAL.pdf>

Zimmermann, M., Lindemann, J., Marmon, T., Meinert, G., und Ziegler, M., 2021: Collaborative Climate Action – a prerequisite for more ambitious climate policy. Berlin, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

<https://collaborative-climate-action.org/ccareport/>

New Leipzig-Charta:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/EN/topics/building-housing/leipzig-charta-en/leipzig-charter.html>



MONIKA ZIMMERMANN
arbeitet als freie Beraterin für die GIZ.
monika.b.zimmermann@online.de

Verbindung der Ebenen

Welche Schritte zu einer regierungsebenenübergreifenden Klimazusammenarbeit führen können, illustrieren Beispiele aus der Praxis.

In Deutschland hatten mehrere Bundesländer lange vor dem 2019 beschlossenen Bundesgesetz ihre Klimaschutzgesetze in Kraft und sind nun bereits dabei, diese an höhere Zielwerte anzupassen. Solche Landesgesetze bilden den Rahmen für kommunale Entscheidungen. Das Bundesumweltministerium hat seit 2008 mit seiner Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) mehr als 35 000 kommunale Projekte zur klimafreundlichen Planung und Infrastruktur mit mehr als 1,2 Milliarden Euro gefördert. So werden die Ziele des Bundes, der kaum direkte

Einwirkungsmöglichkeiten auf die Kommunen hat, mit dem Handeln vor Ort verbunden.

Kolumbien, Fidschi, Indonesien, die Mongolei, Ruanda, der Südsudan und Tonga haben sowohl eine explizite nationale Stadtentwicklungs-

politik entwickelt als auch nationale Klimabeiträge mit explizitem Bezug auf urbane Räume benannt. Sie wollen damit das Potenzial der Städte stärken und den Lebensstandard bei reduzierten Emissionen heben.

British Columbia, die westlichste Provinz Kanadas, hat bereits 2008 eine CO₂-Steuer mit Ausgleichsmechanismen eingeführt, um den Übergang

zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft aufkommensneutral zu gestalten. Sie hat damit gute Erfolge erzielt, und mit Bezug darauf hat die kanadische Bundesregierung inzwischen einen landesweiten CO₂-Preis eingeführt. So werden frühe Initiativen einer Provinz zum nationalen Standard.

Indonesien sammelt auf der webbasierten Plattform „Aksara“ Angaben zu den Treibhausgasemissionen, die alle Klimaschutzprojekte des Landes potenziell einsparen können. Dazu gehören diejenigen der Zentralregierung und der Provinzregierungen. MZ



Kolumbien hat nationale Klimabeiträge mit explizitem Bezug auf urbane Räume benannt. Straßenszene aus Medellín.

LINKS

Länderbeispiele:

<https://urbantransitions.global/en/publication/climate-emergency-urban-opportunity/Aksara>:

https://pprk.bappenas.go.id/aksara/aksara_home_english

„Offensichtlich sind Wirtschaft, Gesellschaft und Natur keine unabhängigen Sphären. Was in einer passiert, wirkt sich auf die anderen aus.“ UNDP-Administrator Achim Steiner in unserem Interview.

SEITE 22 BIS 24

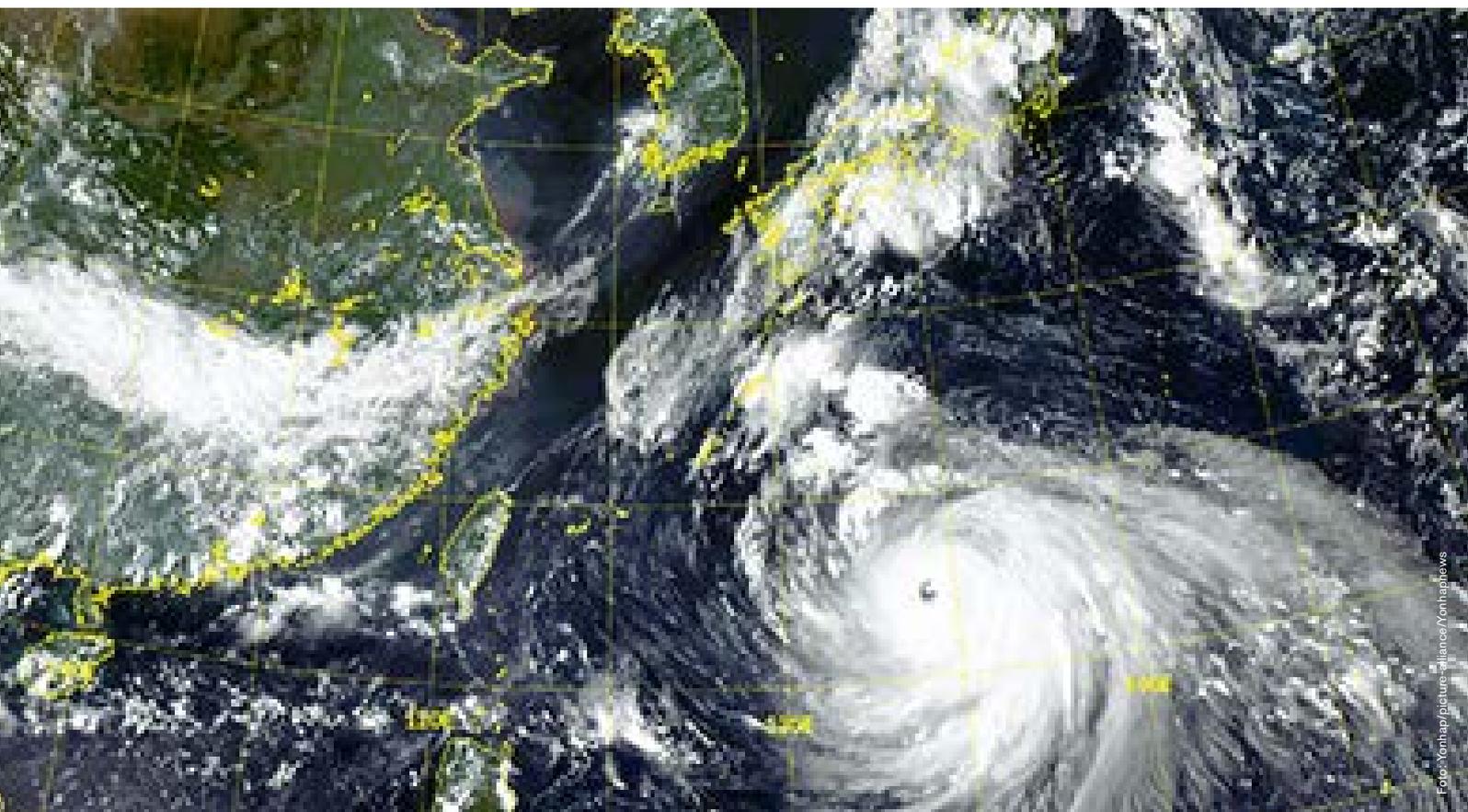


Foto: Konhapicture-alliance/Konhapnews